

Informationen

zur politischen Bildung

2001

aktuell



Euro – eine neue Ära



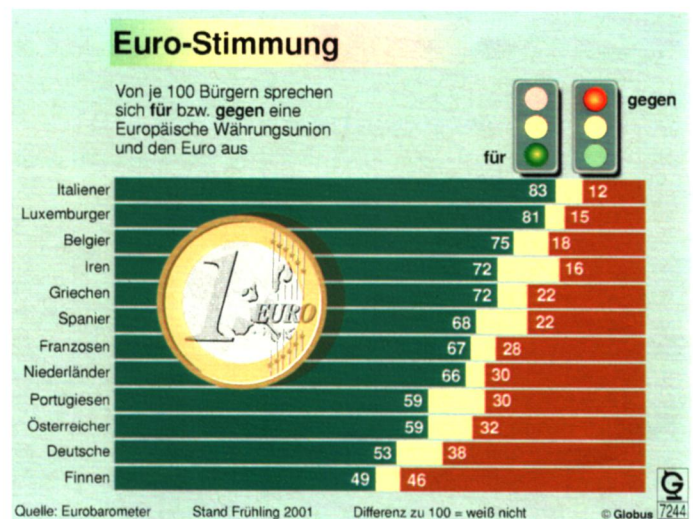
Euro – eine neue Ära der Geld- und Währungspolitik

Friedrich Heinemann

Das neue Bargeld

Wenn zum Jahresbeginn 2002 mit der Einführung des Euro-Bargelds unwiderruflich das Ende der DM gekommen ist, löst dies nicht bei allen Bürgerinnen und Bürgern Freude aus. Gerade in Deutschland hält sich die Begeisterung für die europäische Währung in Grenzen. Zwar belegen Umfragen wie die der Europäischen Kommission vom Frühjahr 2001, dass sich auch in Deutschland inzwischen die Mehrheit für die Gemeinschaftswährung ausspricht. Der gesamteuropäische Vergleich zeigt aber: Von den EU-Staaten einmal abgesehen, die noch nicht an der Europäischen Währungsunion (EWU) teilnehmen (Großbritannien, Dänemark und Schweden), gibt es nur noch in Finnland mehr Gegner des Euro als hierzulande. Bei weitem werden in Deutschland zudem nicht die Zustimmungsquoten erreicht, die in Südeuropa, Belgien oder Luxemburg gemessen werden.

Dieser Befund zur öffentlichen Meinung steht im Gegensatz zur Bewertung des Euro in der deutschen Politik und Wirtschaft. Sämtliche Weichenstellungen für die Einheitswährung wurden im Bundestag und Bundesrat von einem breiten Konsens der Par-



Inhalt

Euro – eine neue Ära der Geld- und Währungspolitik	2
Das neue Bargeld	2
Vorgeschichte	3
Einführung in drei Phasen	3
Interne Stabilität	6
Erfahrungen seit 1999	6
Externe Stabilität	7
Folgen für die Arbeitsmärkte	8
Politische Konsequenzen	9
Bargeldeinführung	10
Die Europäische Zentralbank	14
Aufbau und Aufgaben	14
Geldpolitische Strategie	15
Blick in die weitere Zukunft	16
Literaturhinweise	18

teien getragen. Die Vertreter der deutschen Wirtschaft gehörten von Beginn an zu den entschiedenen Verfechtern des Projekts.

Diese unterschiedliche Beurteilung hat viele Gründe: Deutschland ist nach allgemeinem Konsens mit der DM hinsichtlich ihrer Stabilität gut gefahren und nicht jeder ist davon überzeugt, dass der Euro an diesen Erfolg anknüpfen kann. Hinzu kommt, dass der Abschied von einer erfolgreichen nationalen Währung schwerer fällt als von einer Währung, die sich ohnehin immer durch hohe Inflationsraten ausgezeichnet hat. Auch emotionale Widerstände gegen Veränderungen spielen eine Rolle: Der endgültige Abschied von der DM in der Geldbörse und die Gewöhnung an die neuen Euro-Beträge fällt nicht jedem Konsumenten gleich leicht. Und bis zu einem gewissen Grad sind auch ganz grundlegende Missverständnisse über den Charakter der Währungsumstellung verantwortlich für die Ablehnung des Euro. Immer noch existieren Ängste, dass es bei der Bargeldeinführung doch noch zu einer realen Entwertung von Geldvermögen kommen könnte.

In dieser Situation ist zur eigenen Meinungsbildung ein hoher Informationsstand unabdingbar. Dabei geht es zum einen um die Vertrautheit mit den Details der Bargeldeinführung. Denn immerhin handelt es sich bei dem Bargeldaustausch in einem Raum von etwa 290 Millionen Einwohnern um eine organisatorisch-logistische Herausforderung, die in der Währungsgeschichte ohne Beispiel ist. Hier sind einige Klippen zu umschiffen und ein gutes Basiswissen ist daher für Unternehmen und Verbraucher zwingend.

Zum anderen bleibt aber auch nach der abgeschlossenen Bargeldeinführung der Informationsbedarf hoch. Die mit dem Euro eingeführten Institutionen, allen voran die Europäische Zentralbank (EZB), haben die wirtschaftspolitische Landschaft in Europa auf Dauer verändert. Ein Mindestmaß an Grundkenntnissen über diese Institutionen ist heute für alle unverzichtbar, die etwa den Wirtschaftsteil ihrer Zeitung verstehen wollen.

Über die Chancen und Risiken des Euro ist in den vergangenen Jahren schon viel gesagt und geschrieben worden. Zur Bargeldeinführung können nun die Ebene der reinen Theorie verlassen und bereits erste Erfahrungen ausgewertet werden. Denn obwohl die neue Währung jetzt erst mit den Händen greifbar wird, gibt es sie im bargeldlosen Zahlungsverkehr (so etwa bei Schecks und Überweisungen) und als internationale Währung bereits seit drei Jahren. Daher lassen sich manche der Argumente von Gegnern und Befürwortern inzwischen schon im Lichte der ersten Daten auf ihre Gültigkeit hin abklopfen.

Vorgeschichte

Es gibt ernst zu nehmende und weniger schwer wiegende Argumente gegen den Euro. Zu den letzteren zählt der Einwand, die Euro-Einführung sei übers Knie gebrochen worden. Dass dies nicht den Tatsachen entspricht, zeigt ein kurzer Blick in die Vorgeschichte. Wenn die Umstellung auf den Euro im März 2002 abgeschlossen sein wird, werden über 30 Jahre der konkreten Überlegungen zu diesem Vorhaben vergangen sein. Denn bereits im Oktober 1970 legte eine Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Pierre Werner, dem damaligen luxemburgischen Ministerprä-

Weltwährungsunion

In welchen Ländern der Welt wird der Euro überhaupt eingeführt? Ich habe gehört, dass er zum Beispiel auch in den ehemaligen französischen Kolonien das gesetzliche Zahlungsmittel werden soll.

Herbert Eberhart

Selbst Finanzprofis kommen bei dieser Frage ins Schwitzen. Dass die Eurozone zwölf Länder umfasst, ist ja noch klar. Aber in wie vielen Ländern und Regionen ist der Euro auch offizielle Währung? Die Antwort: meist Schweigen, dann wird stumm gerechnet. Es sind 24 Staaten oder Gebiete, in denen der Euro als offizielle Währung gilt – dazu zählen unter anderem Andorra, Montenegro und das Kosovo. Dort wurde der Euro einseitig zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt, ist aber nicht die einzige Währung, in der man seine Einkäufe bezahlen kann. Wo aber liegen die Länder und Regionen Nummer 16 bis 24, in denen der Euro ebenfalls offizielle Währung ist?

Zunächst einmal hat die EU den Kleinstaaten San Marino, Monaco und dem Vatikanstaat erlaubt, an die Bürger künftig Euro-Münzen und -Scheine auszugeben. Alle drei Länder haben keine eigene Währung und dürfen nun sogar eigene Euro-Münzen prägen – allerdings nur in genau festgelegten Beträgen.

Aber auch weit außerhalb Europas wird man vom kommenden Jahr an mit der europäischen Einheitswährung auf Einkaufstour gehen können. Die französischen Überseedepartements, die offiziell zum Staatsgebiet gehören und in denen man heute mit Francs bezahlt, stellen zum Jahreswechsel auf Euro um. Das betrifft Französisch-Guayana, Martinique, Guadeloupe und Réunion. Hinzu kommen die französischen Territorialgebiete Mayotte und Saint-Pierre-et-Miquelon.

Die 15 afrikanischen Länder, die der CFA-Franc-Zone angehören (der Wechselkurs der Währung ist an den Franc gekoppelt), behalten ihr Bargeld. Seit 1999 ist der Wert des CFA-Franc jedoch an den Euro gekoppelt.

Marc Brost, „Fragen zum Euro“, in: *Die Zeit*, Nr. 31 vom 26. Juli 2001.



Foto dpa

Die Europäische Zentralbank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main.

sidenten, ein Stufenkonzept für die Wirtschafts- und Währungsunion vor. Die wirtschaftlichen Probleme der siebziger und achtziger Jahre (Ölkrise, Währungsturbulenzen, Ende der Vollbeschäftigung) haben eine Umsetzung des damaligen Konzepts allerdings vereitelt. Dennoch wurden auch späterhin immer wieder Versuche unternommen, die Entwicklung des Binnenmarkts durch ein höheres Maß an Wechselkursstabilität zu flankieren.

Die Errichtung des Europäischen Währungssystems (EWS) 1979 war hier ein wichtiger Markstein. Das EWS sollte die Wechselkursschwankungen der Gemeinschaftswährungen untereinander auf bestimmte Bandbreiten begrenzen. Im Hinblick auf diese Zielsetzung erwies es sich aber nur eingeschränkt als tauglich. Immer wieder – zuletzt 1992/1993 – kam es zu Krisen im System, in deren Verlauf die Regierungen durch die Devisenmärkte gezwungen wurden, ihre Währungen stark abzuwerten oder sie gar aus dem EWS herauszunehmen.

Durch diese Erfahrungen wurde zunehmend deutlich, dass angesichts hoher Kapitalmobilität auf Dauer nur die Wahl zwischen frei schwankenden Wechselkursen (*free float*) und einer einheitlichen Währung existiert. Im Maastrichter Vertrag, vereinbart im Dezember 1991, entschieden sich die EU-Staaten endgültig für die letzte Option. Die EU-Mitgliedstaaten hatten bei diesen Entscheidungen durchaus unterschiedliche Motive. Für Frankreich etwa dürfte es kein unwichtiger Aspekt gewesen sein, durch die Währungsunion die beherrschende Stellung der Deutschen Bundesbank in der europäischen Geldpolitik zugunsten einer europäischen Institution zu überwinden. Deutschland wollte möglichst viele der bewährten Merkmale des deutschen Währungssystems (zum Beispiel die Unabhängigkeit der Zentralbank von Weisungen der Politik) auf das europäische Modell übertragen. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags am 1. November 1993 wurde die Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) dann unumkehrbar.

Einführung in drei Phasen

Die praktischen Herausforderungen der Währungsumstellung, aber auch die Widerstände in der öffentlichen Meinung waren maßgeblich für die Entscheidung zugunsten einer Euro-Einführung in drei Phasen.

Am Beginn der ersten Phase stand die Entscheidung des EU-Rats über die Teilnehmer der Währungsunion im Mai 1998. Nach der damaligen Beurteilung waren elf Staaten – die EU-Mitglieder mit Ausnahme von Großbritannien, Schweden, Dänemark und Griechenland – reif für die Währungsunion. Griechenland erhielt das „Euro-Ticket“ dann zwei Jahre später und wurde zum 1. Januar 2001 das zwölfte Mitglied der EWU.

Die zweite Phase begann mit dem 1. Januar 1999. Dieses Datum markierte im ökonomischen und juristischen Sinn bereits das Ende der DM und den Beginn der neuen Währung. Seit diesem Tag gelten unveränderlich feste Relationen zwischen den nationalen Währungseinheiten (zum Beispiel DM, Franc und Lira) und dem Euro. In der präzisen juristischen Sprache ist seitdem die DM nur noch eine Untereinheit („Denomination“) des Euro, die noch für eine Übergangszeit existiert. Der Beginn der neuen währungs-politischen Zeitrechnung am Neujahrstag 1999 wird auch daran deutlich, dass seit diesem Tag die Europäische Zentralbank (EZB) eine einheitliche Geldpolitik für den ganzen Euro-Raum betreibt. Konsumenten und Unternehmen haben im Zeitraum zwischen 1999 und 2001 im unbaren Zahlungsverkehr (Girokonten, Überweisungen) die Wahl zwischen der Nutzung des Euro und der DM. Ab 1999 wurde an den Finanzmärkten die DM zugunsten des Euro verdrängt, die Bewertungen von Aktien und anderen Wertpapieren erfolgt seitdem ausschließlich in Euro. Im Unternehmensbereich vollzog sich die Währungsumstellung mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Während Großunternehmen frühzeitig ihre Hauswährung auf den Euro umstellten, verhielten sich Mittelständler oftmals abwartend.

Warum ist ein Euro 1,955830 DM wert?

Die Geschichte des Kurses 1,955830 reicht weit in die Vergangenheit zurück, genauer gesagt bis ins Jahr 1979. Damals wurde das Europäische Währungssystem (EWS) geschaffen und mit ihm der ECU (*European Currency Unit*). Dabei handelte es sich um eine Verrechnungseinheit, welche die Währungen aller an dem EWS beteiligten Länder in ein festes Verhältnis zueinander setzte. Zwar konnten die Kurse der einzelnen Währungen untereinander schwanken, doch nur innerhalb bestimmter Bandbreiten. Bei der Festsetzung des ECU wurden die einzelnen Währungen entsprechend dem volkswirtschaftlichen Gewicht der Staaten bewertet. Für die DM ergab sich auf dieser Basis ein Anteil von 31,6 Prozent. Der Maastrichter Vertrag von 1992, der die Währungsunion begründete, legte fest, dass die am 21. 9. 1989 letztmals adjustierten Gewichte der Währungen zum ECU Grundlage für die unveränderbaren Paritäten in der Währungsunion sein sollen. Für die DM wurde daraus ein Kurs von 1,955830 ermittelt. Ende 1995 beschloss die Europäische Union, die Gemeinschaftswährung nicht ECU, sondern Euro zu nennen, der 1999 rechnerisches Zahlungsmittel wurde.

Süddeutsche Zeitung vom 17. Mai 2001.

Umrechnung von DM in Euro

Der DM-Betrag wird durch den Faktor 1,95583 dividiert:

$$100 \text{ DM} = 100 : 1,95583 = 51,1292 \text{ Euro,}$$

anschließend wird auf die zweite Nachkommastelle gerundet: 51,13 Euro. Die Rundung folgt dabei dem üblichen Verfahren: Aufrundung, wenn die dritte Nachkommastelle 5, 6, 7, 8 oder 9 und Abrundung, wenn sie 1, 2, 3 oder 4 beträgt. Die Rundung ist allerdings erst beim Endergebnis erlaubt. Die fünf Stellen hinter dem Komma des Umrechnungskurses (1 Euro = 1,95583 DM) dürfen vor der Umrechnung auf keinen Fall gerundet werden.

Die Euro-Bargeldeinführung um die Jahreswende 2001/2002 (vgl. Seite 10 ff.) stellt nun die Abschlussphase der Währungsumstellung dar. Obwohl für viele Menschen psychologisch erst mit dem Austausch des Bargelds das Ende der DM gekommen ist, war die DM zu diesem Zeitpunkt als eigenständige Währung schon seit drei Jahren Geschichte. Die DM-Ära endete im Grunde bereits am 31. Dezember 1998, als die Deutsche Bundesbank aufhörte, eine eigenständige deutsche Geldpolitik zu betreiben. Die Bargeldeinführung stellt dem gegenüber keine tief greifende ökonomische Veränderung mehr dar. Diese Erkenntnis mindert zwar nicht die organisatorischen Herausforderungen, die es hierbei zu bewältigen gibt. Sie sollte aber etwaige Ängste vor der Zukunft

des Euro-Bargelds relativieren: Nicht die Ausgabe des Euro-Bargelds ab Januar 2002, sondern die unwiderrufliche Fixierung des DM-Euro-Kurses zum 1. Januar 1999 war die entscheidende Zäsur für die deutsche Währungsgeschichte.

Für das Verständnis dieser gesamten Währungsumstellung ist eine Klarstellung unverzichtbar. Der Beginn der EWU unterscheidet sich grundlegend von einer Währungsreform. Währungsreformen, wie sie in Deutschland 1923 und 1948 stattfanden, stellten eine Neuordnung des Geldwesens dar, nachdem die alte Währung durch offene oder verdeckte Inflation ihren Wert fast vollständig eingebüßt hatte. Währungsreformen sind daher mit erheblichen realen Verlusten für Eigentümer von Geldvermögen verbunden. Im Gegensatz dazu ist die mit der Euro-Einführung 1999/2002 verbundene Währungsumstellung nicht mit Veränderungen in der Kaufkraft von Geldvermögen oder laufenden Einkommen verbunden. Entscheidend für diese Neutralität der Währungsumstellung sind auch die rechtlichen Regelungen. Durch EU-Verordnung ist die Umrechnungsmethode, mit der Beträge in nationalen Währungen auf den Euro erfolgen, bis hin zu den Rundungsregeln bei der zweiten Nachkommastelle präzise festgelegt.

Diese Umrechnungsregeln kommen seit dem Jahreswechsel 2001/2002 bei der Umstellung auf den Euro für alle bislang noch verbliebenen DM-Bestände und Zahlungen zur Anwendung, also beispielsweise auch für die Guthaben auf Girokonten und Sparbüchern oder laufende Zahlungen wie Löhne und Renten.

Das Prinzip der Vertragskontinuität stellt dabei sicher, dass die Umstellung nicht zum Anlass genommen wird, bestehende langfristige Verträge (zum Beispiel Miet- oder Tarifverträge) zu kündigen. Durch diese Rahmenbedingungen ist gewährleistet, dass sich die reale Kaufkraft – etwa gemessen als Anteil der Mietausgaben am verfügbaren Einkommen – durch die Umstellung nicht ändert.

Auch wenn also die Umstellung auf den Euro als solche neutral für die Kaufkraft ist, stellt sich die Frage, wie stabil der Euro ist. Die Sorge um eine im Vergleich zur DM geringere Stabilität ist in Deutschland weit verbreitet. Die Stabilität einer Währung hat eine interne und eine externe Dimension. Während die interne Stabilität an der Höhe der Inflationsrate gemessen wird, zieht man zur Beurteilung der externen Stabilität die Entwicklung des Wechselkurses gegenüber wichtigen Auslandswährungen – zum Beispiel dem Dollar – heran. Die interne und die externe Stabilität einer Währung können sich durchaus unterschiedlich entwickeln.



Die druckfrischen Euro-Bögen werden vor der Trennung in einzelne Scheine auf ihre Qualität und Sicherheitsmerkmale überprüft.

Foto: Deutsche Bundesbank

Zur Zukunft der Europäischen Währungsunion

Seit der Euro-Einführung Anfang 1999 hat die gemeinsame Währung rund ein Drittel ihres Außenwerts verloren. Bestätigt das die Warnungen der einstigen Euro-Kritiker?

Nein. Vor drei Jahren habe ich die schnelle Einführung einer gemeinsamen Währung mit Skepsis gesehen, weil ich die Unterschiede in der Wirtschaftspolitik und der ökonomischen Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern noch für zu groß hielt. Heute muss ich sagen, dass sich der Euro im Großen und Ganzen bewährt hat. Die neue Währung hat einen stabilen Binnenwert. Das bedeutet, dass die Europäische Zentralbank trotz einiger Mängel in der Kommunikationspolitik ihren Job unter schwierigen Bedingungen ganz gut gemacht hat.

Gängige Theorien greifen nicht

Normalerweise steigt der Wert einer Währung bei einer günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ...

... so die gängigen Theorien. Doch so lässt sich die Entwicklung des Euro ebenso wenig wie die des Yen erklären. Die japanische Wirtschaft befindet sich seit Jahren in einer Dauerstagnation und trotzdem wertet die Währung auf. Ehrlicherweise müssen wir zugeben, dass es derzeit keine empirisch belastbare Theorie der Wechselkurse gibt. Die Währungsschwankungen der vergangenen zwei Jahre lassen sich mit den herkömmlichen Wechselkurstheorien einfach nicht plausibel erklären.

Demnach sehen Sie auch keinen Zusammenhang zwischen dem Mangel an strukturellen Reformen in Euroland und der Euro-Schwäche?

Solche Erklärungen klingen plausibel, sind es aber nicht. Beim Start der dritten Stufe der Währungsunion am 1. Januar 1999 haben die Märkte sämtliche Informationen über den Stand der Reformen gehabt – herausgekommen ist ein Kurs von 1,19. Seitdem haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerade in Euroland und insbesondere in Deutschland eher verbessert – und trotzdem sank der Außenwert des Euro.

Überprüfung der Kriterien

Wenn mit dem heutigen Kenntnisstand noch einmal über die Währungsunion verhandelt werden könnte – was müsste anders beschlossen werden?

Das Defizitkriterium ist zu ungenau. Es sollte deutlicher zwischen einem konjunkturellen und einem strukturellen Defizit unterschieden werden. Anlass für Sanktionen der EU-Kommission sollte allein ein zu hohes strukturelles oder konjunkturbereinigtes Defizit sein, das für alle Mitgliedstaaten in einer einheitlichen Methode bestimmt wird. Sonst würde immer wieder das passieren, was dem deutschen Finanzminister in den kommenden Wochen gedroht hätte, wenn die Finanzminister der EURO-Staaten angesichts der ungünstigen Konjunkturentwicklung nicht richtigerweise die Ziele des Stabilitätspakts relativiert hätten. Eichel wird nämlich sein Ziel einer Nettoneuverschuldung von maximal 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts um etwa einen halben Prozentpunkt verfehlen – aber nicht wegen einer laxen Haushaltspolitik, sondern weil er etwas völlig Richtiges getan hat. Eichel will im Wirtschaftsabschwung konjunkturell bedingte Zusatzausgaben etwa für die Arbeitslosenversicherung hinnehmen und entsprechende Steuerausfälle nicht durch Sparmaßnahmen ausgleichen. Das ist ökonomisch vernünftig, aber nicht mit den ursprünglichen Vorgaben des Stabilitätspakts vereinbar.

Ist das die einzige Schwachstelle?

Nein. Bei der Besetzung des EZB-Präsidiums sollte man den großen Ländern – also Deutschland, Frankreich, Italien und in Zukunft möglicherweise auch Großbritannien – ein größeres Gewicht zukommen lassen. Die großen Länder sollten permanent im Präsidium vertreten sein, während die kleinen Länder im Rotationsverfahren zum Zuge kommen sollten. Die bevorstehende Osterweite-

rung der Europäischen Union wäre ein guter Anlass für eine entsprechende Änderung. Die neuen Beitrittskandidaten könnten dann beim Eintritt in die Währungsunion ebenfalls am Rotationsverfahren beteiligt werden.

Vor dem Beginn der Währungsunion haben Sie gemeinsam mit anderen Anhängern der so genannten Krönungstheorie bezweifelt, dass der Entwicklungsstand der Euro-Länder einheitlich genug für eine Währungsunion sei. Nun scheint vor allem Italien ernsthafte Schwierigkeiten mit den Verschuldungs-Vorgaben zu haben. Offenbar waren die Argumente von damals nicht völlig falsch.

Das kann man heute so sehen. Nur: Diese Schlacht ist geschlagen. Jetzt haben wir den Euro – und müssen das Beste daraus machen. Deshalb empfehle ich als dritten Änderungspunkt eine genauere Definition des Inflationsziels, im Ökonomenjargon eine Berücksichtigung des Balassa-Samuelson-Effektes.

Dahinter verbirgt sich folgendes: Wenn, wie in der EU, Länder mit sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveaus in einer Währungsunion zusammengefasst werden, gleicht sich die Produktivität in den exportorientierten Branchen der Mitgliedsländer schnell an.

In einem Aufholprozess steigt in den Nachzüglerstaaten in diesen Sektoren normalerweise mit der Produktivität das Lohnniveau. Dieser Lohnanstieg überträgt sich auch auf Branchen wie die Gastronomie oder die Wohnungswirtschaft, in der keine handelbaren Güter hergestellt werden, und löst dort Preissteigerungen aus. Bei der Festlegung des Geldwertziels, der so genannten unvermeidbaren Inflationsrate, sollte dieser Effekt einkalkuliert werden. Dies ist bisher nicht im erforderlichen Maße der Fall.

Also halten Sie nicht nur das Defizit-, sondern auch das Inflationskriterium im Nachhinein für zu streng?

Nicht für zu streng, sondern für zu wenig präzise. Wenn die Geldpolitik diese strukturellen Preiseffekte nicht berücksichtigt, ist sie leicht zu restriktiv und damit hemmend für Wachstum und Beschäftigung. Wenn es zur Erweiterung der Währungsunion kommt, sollte das Inflationsziel angepasst werden. [...]

Sicherheit für den Verbraucher

Anfang des Jahres 2002 kommt die Euro-Bargeldeinführung, schon jetzt nutzt das beispielsweise die Deutsche Bahn für Preiserhöhungen. Wie stark wird sich die Umstellung auf die Inflation auswirken?

Auf mittlere Sicht erwarte ich keine großen Auswirkungen. Einige Preiserhöhungen dürften in den nächsten Monaten vorgezogen werden. Gleichzeitig rechne ich auch mit einem Anstieg der Konsumausgaben, nicht zuletzt, weil Einige ihr Schwarzgeld waschen werden. Diesem leichten Nachfrageimpuls Ende des Jahres sollte dann allerdings eine entsprechende Dämpfung Anfang des kommenden Jahres folgen. Sowohl der Konsum- als auch der Preiseffekt werden eher im Jahr 2001 als nach der Bargeldumstellung zu beobachten sein.

Kann der Verbraucher damit rechnen, dass mit der neuen Preistransparenz im In- und Ausland auch der Wettbewerbsdruck steigt und auf lange Sicht viele Produkte billiger werden?

Das dürfte von Branche zu Branche sehr unterschiedlich sein. Die Anbieter von Lebensmitteln zum Beispiel haben sich in den vergangenen Monaten ohnehin einen gnadenlosen Preiswettbewerb geliefert. In kaum einem anderen Land sind die Lebensmittelpreise so niedrig wie bei uns, so dass in diesem Bereich keine weiteren Preissenkungen zu erwarten sind. Mit Veränderungen rechne ich vor allem bei Banken und Versicherungen. Dort werden die Gewinnmargen einiger Anbieter dadurch schrumpfen, dass die Kunden Angebote aus dem In- und Ausland häufiger vergleichen werden.

Elisabeth Niejahr, „Die EZB sollte ihre Arbeit nicht in den Dienst einer Konjunkturpolitik stellen“, Interview mit dem Wirtschaftsprofessor Bert Rürup, in: Das Parlament vom 31. August 2001.

Interne Stabilität

Argumente pro und contra

Auf der theoretischen Ebene wird die interne Stabilität des Euro seit Jahren heftig diskutiert. Euro-Skeptiker verweisen dabei auf die hohen früheren Inflationsraten in einigen heutigen Euro-Staaten. Angesichts eines europaweit im Vergleich zu Deutschland geringeren öffentlichen Stabilitätskonsenses – so das Argument – sei nicht zu erwarten, dass auf Dauer die Inflation in Schach gehalten werden könne. Ein Gefahrenpotenzial gehe auch immer noch von den Staatsfinanzen aus. Bei der Auswahl der EWU-Teilnehmerstaaten seien die an der Staatsverschuldung ansetzenden Konvergenzkriterien praktisch unterlaufen worden. Auch wenn in den letzten Jahren aufgrund der guten Konjunktur die Defizite deutlich rückläufig waren, könne schon die nächste Rezession erneut zu tiefroten Zahlen in den öffentlichen Haushalten führen. Die im Zuge der jüngsten Konjunkturschwäche eingetretene Verschlechterung der Haushaltslage einiger EU-Staaten wird dafür als Beleg angeführt.

Dem stehen die Argumente der Stabilitätsoptimisten gegenüber. An erster Stelle wird hier die Unabhängigkeit der EZB und ihre eindeutige Aufgabenstellung angeführt. Die EZB habe laut Maastricht-Vertrag den vorrangigen Auftrag, die Preisstabilität im EU-Währungsgebiet zu gewährleisten. Die Verankerung der EZB-Unabhängigkeit sei sogar noch überzeugender gelöst als dies für die Deutsche Bundesbank der Fall war. Die Unabhängigkeit der Bundesbank sei in der Vergangenheit nur durch ein einfaches Gesetz, das Bundesbankgesetz, geschützt gewesen und hätte jederzeit im Bundestag durch eine Gesetzesänderung eingeschränkt werden können. Die Unabhängigkeit der EZB hingegen werde mit ihrer Verankerung im Maastrichter Vertrag völkerrechtlich bindend abgesichert und könne nur durch Vertragsänderung mit Zustimmung aller EU-Staaten angetastet werden. Der Vertrag enthalte weitere wichtige Sicherungen. So sei die Ursache hoher Inflationsraten oft die Kreditgewährung seitens der Zentralbank an den Fiskus. Diese Inflationsursache sei durch das im Maastrichter Vertrag fest geschriebene Verbot jeglichen Zentralbankkredits an öffentliche Stellen in der EU wirksam unterbunden. Auch das Argument eines fehlenden Stabilitätskonsenses in der EWU

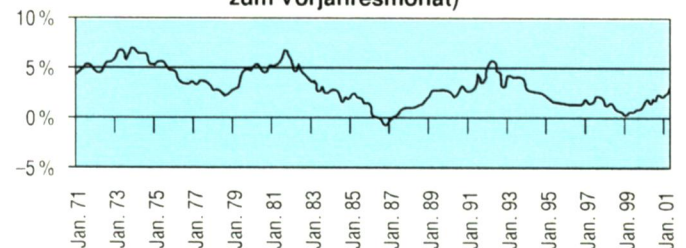
akzeptieren die Anhänger des Euro nicht. Sie verweisen auf den erfolgreichen Übergang vieler früherer Hochinflationen zu fast völliger Preisstabilität in den neunziger Jahren. Ein Land wie Italien, früher bekannt für seine chronisch zweistelligen Inflationsraten, konnte die Inflation bis 1999 auf unter zwei Prozent absenken.

Erfahrungen seit 1999

Wägt man die Pro- und Contra-Argumente ab, dann wird deutlich, dass die Voraussetzungen für eine dauerhafte interne Stabilität der neuen Währung trotz einiger offener Fragen nicht schlecht sind. Viel überzeugender als alle theoretischen Argumente sind hier aber Erfahrungswerte. Daten für die Höhe der deutschen Inflation in der Euro-Ära liegen inzwischen für die Zeit seit Januar 1999 vor und können erste Hinweise auf die tatsächliche interne Stabilität der neuen Währung geben. Während 1999 noch fast völlige Preisstabilität herrschte, ist die Inflation zwischen 2000 und dem Sommer 2001 auf Werte von gut drei Prozent geklettert, um danach wieder abzusinken. Maßgeblich für den Anstieg waren die drastische Erhöhung des Ölpreises, die Euro-Abwertung gegenüber dem Dollar und weitere Sonderfaktoren wie teurere Lebensmittel durch BSE sowie Maul- und Klauenseuche.

Deutsche Inflationsrate*

(Veränderung Konsumentenpreisindex zum Vorjahresmonat)



* ab 1992 Gesamtdeutschland. Deutsche Bundesbank.



Der Fünfer zeigt Stilelemente der Klassik, also der griechisch-römischen Antike. Bei allen Banknoten symbolisieren die offenen Fenster und Tore den Blick in die Zukunft, die Brücken verbinden die Länder.

Zur Bewertung dieser Entwicklung ist ein Vergleich mit den Erfahrungen des DM-Zeitalters sinnvoll. Manche Menschen scheinen heute schon vergessen zu haben, dass es auch mit der DM zeitweilig hohe Inflationsraten gab. Im Durchschnitt lag die Inflation in Deutschland zwischen 1970 und 1999 bei etwa 3,5 Prozent und manchmal auch weit darüber: 1975 sprang die Inflation durch die erste Ölkrise auf über sieben Prozent. Als 1980 die Scheichs den Ölhahn erneut zudrehten, wurden wiederum ähnliche hohe Inflationsraten gemessen. Aber auch die frühen neunziger Jahre brachten Deutschland nur geringe Preisstabilität.

Vor diesem Hintergrund stützen die bisherigen Inflationsdaten des Euro eher die Einschätzung der Stabilitätsoptimisten. Trotz widriger Umstände bei den außenwirtschaftlichen Faktoren (Ölpreisanstieg zwischen 1999 und 2001 sowie die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar) konnte die Inflation bislang vergleichsweise gut in Schach gehalten werden.

Die Lage hat sich auch durch die Terroranschläge des 11. September 2001 im Hinblick auf die Preisperspektive nicht zum Negativen verändert. Nachdem der Ölpreis in den ersten Tagen nach den Anschlägen zunächst gestiegen war, ist er anschließend deutlich gesunken, weil mit der sich verschärfenden weltweiten Konjunkturschwäche auch die Nachfrage nach Öl sinkt. Dies wirkt inflationsmindernd. Ein neuer Ölpreisschub und damit eine wachsende Inflationsgefahr wäre wohl nur dann zu erwarten, wenn es zu einer militärischen Eskalation im Nahen Osten käme.



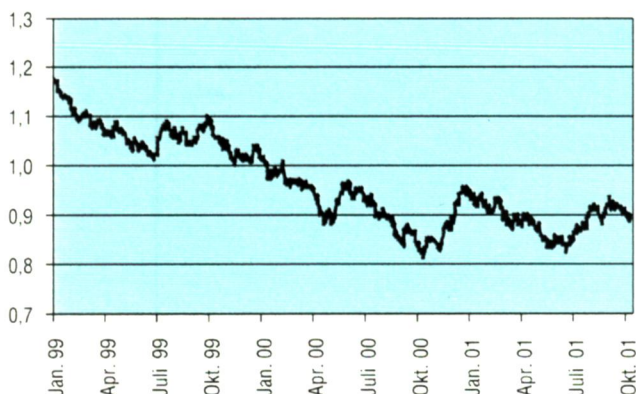
Die Rundbogen auf der neuen Zehn-Euro-Note sind Kennzeichen des romanischen Stils, der Epoche des frühen Mittelalters.

Ein Blick auf die Entwicklung der Kapitalmärkte zeigt, dass hier die ersten Euro-Jahre durchweg durch niedrige langfristige Zinsen gekennzeichnet waren. Niedrige Zinsen für lang laufende Staatsanleihen zeigen aber, dass die Investoren nicht mit einer Rückkehr hoher Inflationsraten rechnen. Andernfalls würden sie als Ausgleich für das Inflationsrisiko auch einen höheren Zins verlangen. Auch dies belegt, dass der Euro eher als intern stabile Währung einzuschätzen ist.

Externe Stabilität

Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar ist seit dem Beginn der EWU in aller Munde. Wurden an den Devisenmärkten Anfang Januar 1999 noch 1,19 US-Dollar für den Euro bezahlt, so war die europäische Währung im Oktober 2000 zeitweilig für 82 US-Cent zu haben – das entspricht einer Abwertung von gut 30 Prozent. Seit Mitte 2001 scheint sich allerdings zumindest eine moderate Erholung des Wechselkurses abzuzeichnen.

Dollar/Euro

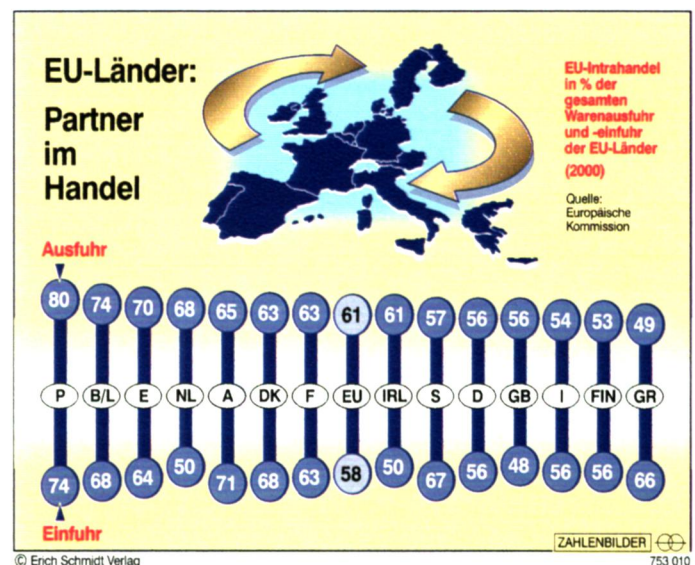


Psychologisch betrachtet ist die Sorge vieler Menschen angesichts dieser externen Wertentwicklung verständlich, denn der Wechselkurs hat oftmals in der öffentlichen Meinung eine Art Indikatorfunktion für die Stärke eines Landes. Ob dieses große Interesse für den Wechselkurs aber auch bei nüchterner ökonomischer Beurteilung gerechtfertigt ist, ist dagegen weniger eindeutig.

Für Arbeitnehmer und Sparer ist die interne Stabilität der Währung von größerer Bedeutung als die externe. Von der Höhe der Inflation hängt es nämlich ab, wie sich die Kaufkraft von Löhnen und Gehältern und das reale Vermögen entwickeln. Eine Abwertung des Euro gegenüber anderen Währungen hat allenfalls indirekt negative Folgen. Dies gilt dann, wenn die Abwertung über die Verteuerung von Importgütern die Inflation anheizt oder wenn die schwache Währung zu einem Zinsanstieg führt, der dann die Konjunktur belastet. Diese möglichen negativen Folgen der Euro-Abwertung waren aber in Bezug auf die Inflation bislang gering und sind in Bezug auf die Zinsen völlig ausgeblieben.

Zur Erklärung der Euro-Abwertung gegenüber dem Dollar wurden ganz verschiedene Ursachen diskutiert. Nach Einschätzung der meisten Experten war aber vor allem die Konjunkturentwicklung maßgeblich verantwortlich: Das im Vergleich zu Europa sehr viel höhere Wirtschaftswachstum in den USA bis ins Jahr 2000 hinein hat die US-Währung gestützt.

In Europa lassen sich durchaus auch positive Folgen der Euroschwäche ausmachen: Die europäische Exportwirtschaft – und darunter vor allem die deutsche Industrie – hat in den letzten Jahren von der niedrigen Euro-Bewertung profitiert. Dies hat das



Wachstum gestützt und damit auch zum Erhalt von Arbeitsplätzen beigetragen. Zudem sollte man bei der Bewertung auch wieder die Erfahrungen der DM-Vergangenheit heranziehen.

Auch die Mark hat in ihrer Geschichte immer wieder sehr starke Abwertungsphasen gegenüber dem Dollar durchlaufen, denen dann auch wieder jahrelange Aufwertungsphasen folgten. Zwischen 1980 und 1985 etwa hat die DM gegenüber dem Dollar mehr als 45 Prozent ihres Wertes verloren, um anschließend wieder kräftig zuzulegen. Diese Erfahrungen zeigen, dass es eben zum Wesen frei schwankender Wechselkurse gehört, dass es hier unter Umständen zu starken Wertveränderungen in beide Richtungen kommen kann.

Insgesamt erscheint vor dem Hintergrund dieser Überlegungen mehr Gelassenheit im Umgang mit Wechselkursbewegungen angebracht. Dies gilt nach der Euro-Einführung auch deshalb, weil ja nun ein Großteil der deutschen Ex- und Importe mit Ländern des eigenen Währungsgebietes abgewickelt werden, so dass hier die Entwicklungen an den Devisenmärkten ohnehin ohne Konsequenzen sind.

Folgen für die Arbeitsmärkte

Nach wie vor weisen viele EU-Staaten eine sehr hohe Arbeitslosigkeit auf. Bei der Frage, welche Chancen und Risiken die neue Währung mit sich bringt, kommt den möglichen Folgen für die Arbeitsmärkte daher eine besondere Bedeutung zu.

Erleichterung für den Außenhandel

Zunächst ist festzuhalten: Die einheitliche Währung beseitigt im innereuropäischen Handelsgeschäft Währungsrisiken. Diese Risiken haben noch in den neunziger Jahren die Kalkulationsgrundlage beispielsweise für deutsche Exporte nach Italien oder Spanien erheblich erschwert. Das Ende dieser Unsicherheit dürfte sich positiv auf die Entwicklung grenzüberschreitender Geschäfte auswirken. Für exportabhängige Länder wie Deutschland ist dies ein begrüßenswerter Effekt. Denn gerade die deutsche Volkswirtschaft hat oftmals durch innereuropäische Währungsturbulenzen Schaden genommen. Zu Wachstumsverlusten und Arbeitsplatzabbau kam es, wenn Fluchtbewegungen in die DM zu einer starken Aufwertung geführt haben, die den deutschen Exporteuren dann das Leben schwer gemacht hat. Positiv wirkt sich nun auch aus, dass keine Notwendigkeit mehr besteht, im Geschäft mit Partnern in den Euro-Staaten kostspielige Absicherungen gegen Wechselkursrisiken zu betreiben.

Zwar kann niemand die Frage, ob es der deutschen Volkswirtschaft heute mit einer eigenständigen Währung besser oder schlechter gehen würde, mit Sicherheit beantworten. Wagt man aber einmal das Gedankenexperiment und stellt sich vor, dass in Europa auch heute noch beispielsweise DM, Franc oder Lira als eigenständige Währungen existieren würden, dann zeigen sich dabei erhebliche Risiken. Die Vermutung liegt nahe, dass es in den turbulenten Börsenzeiten nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 in den vergangenen Monaten wieder zu starken Fluchtbewegungen von Kapital aus Lira, Franc und den anderen EU-Währungen in die DM gekommen wäre. Die dann resultierende Aufwertung gegenüber den europäischen Partnerländern hätte Deutschlands Exportwirtschaft erheblich unter Druck gesetzt und die ohnehin schwierige konjunkturelle Situation noch verschärft.

Allerdings haben sich aus Sicht der Exportwirtschaft bislang noch nicht alle mit dem Euro verbundenen Hoffnungen erfüllt. So ist es im europäischen Zahlungsverkehr immer noch nicht zu einem nennenswerten Rückgang der Kosten von Auslandsüberweisungen gekommen. Die Europäische Kommission hat dies zum An-



Fotos Deutsche Bundesbank

Die Epoche der Gotik wird auf dem Zwanziger dargestellt. Der Stil ist erkennbar an den Spitzbögen der Fenster und der Brücken.

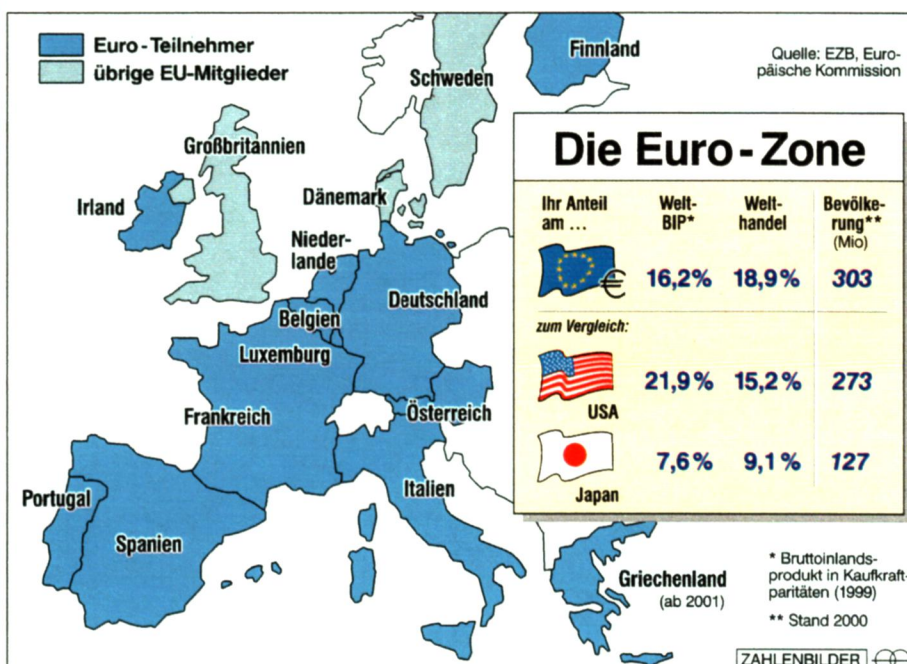
lass genommen, eine Preisverordnung in Angriff zu nehmen, durch die die Banken zur Gebührensenkung verpflichtet werden sollen. Die Durchsetzbarkeit dieser Verordnung ist aber fraglich, denn sie würde einen ungewöhnlichen Eingriff in die freie Preisbildung einer Marktwirtschaft darstellen. Hier bleibt es abzuwarten, wie schnell sich die Kosten beispielsweise einer Überweisung von Deutschland nach Frankreich den Kosten einer innerdeutschen Überweisung annähern.

Wachstumshoffnung auf den Finanzmärkten

Positiv für Wachstum und Beschäftigung in der Eurozone werden sich die Folgen des Euro für die Finanzmärkte auswirken. Weil nun in zwölf EU-Staaten alle Wertpapiere wie Aktien und Anleihen, aber auch alle Finanzdienstleistungen wie Bankgeschäfte und

Versicherungen in derselben Währung ausgedrückt werden, wachsen die Finanzmärkte weiter zusammen. Damit nimmt die Konkurrenz auf den Märkten zu. Infolgedessen sollten sich die Finanzierungs- und Anlagebedingungen aus der Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern. Studien belegen, dass leistungsfähige Finanzmärkte ein wesentlicher Faktor für höhere Wachstumsraten sind. Somit bestehen gerade im Hinblick auf die positiven Finanzmarkteffekte potenzielle Chancen des Euro.

Tatsächlich zeigen die ersten Erfahrungen, dass diese Hoffnung nicht unberechtigt ist. So wurde der Euro erfolgreich als internationale Anleihewährung etabliert. Für die Unternehmen hat die Gemeinschaftswährung das Tor für neue günstige Finanzierungsquellen aufgestoßen. Während in Deutschland noch bis 1998 ein Markt für Anleihen von privaten Unternehmen kaum existierte, ist hier mit dem Euro in kurzer Zeit ein großer und liquider Markt entstanden. Auch mittelgroße Unternehmen können ihren Kreditbedarf jetzt direkt durch



die Ausgabe von Anleihen befriedigen und auf diese Weise kostspieligere Bankkredite einsparen. Niedrigere Kreditzinsen wirken sich aber wiederum investitionssteigernd aus, so dass auch hier ein positiver Einfluss des Euro auf Wachstum und Beschäftigung zu belegen ist.

Probleme durch Wegfall der Wechselkurse?

Trotz dieser Vorteile des Euro können mit der einheitlichen Währung aber auch Nachteile für die Arbeitsmarktentwicklung in den Teilnehmerländern verbunden sein. Diese Risiken resultieren aus zwei notwendigen Konsequenzen der Einheitswährung: Erstens gibt es seit dem 1. Januar 1999 eine einheitliche Geldpolitik für alle EWU-Staaten, die nicht mehr auf nationale Besonderheiten Rücksicht nehmen kann. Die Leitzinsen der EZB bestimmen das Zinsniveau in allen zwölf Staaten, während vor der Währungsunion die nationalen Zentralbanken auch ganz unterschiedliche Zinsen setzen konnten. Zweitens kann kein Land wirtschaftliche Probleme wie etwa eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit seiner Produkte durch eine Abwertung der Währung lösen.

Die einheitliche Geldpolitik und der Verlust eines anpassungsfähigen Wechselkurses können zu Problemen für die Arbeitsmärkte führen, müssen es aber nicht notwendigerweise. In der so genannten Theorie der optimalen Währungsräume werden die Bedingungen abgeleitet, unter denen eine Gruppe von Ländern erfolgreich eine Einheitswährung einführen kann.

Theorie der optimalen Währungsräume

Diese Theorie wurde maßgeblich durch den Amerikaner Robert A. Mundell entwickelt, der dafür 1999 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet wurde. Ausgangspunkt der Theorie ist die Erkenntnis, dass der Übergang zu einer Währungsunion den Verlust eines wirtschaftspolitischen Anpassungsinstrumentes mit sich bringt, nämlich des veränderbaren Wechselkurses. Der Theorie zufolge sind daher nur solche Länder für eine Währungsunion geeignet, die bereits eng integriert sind oder aber über Instrumente verfügen, die alternativ zum anpassungsfähigen Wechselkurs ausgleichend wirken können. Zu diesen Instrumenten gehören die Mobilität der Arbeitnehmer, flexible Arbeitsmärkte und Finanzausgleichssysteme.

Für die Europäische Währungsunion ergibt eine Anwendung dieses Konzepts folgendes: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa sind schon alleine aufgrund der noch bestehenden Sprachbarrieren nicht sehr mobil. Arbeitslose Deutsche sind nur selten bereit oder in der Lage, eine Stelle im EU-Ausland anzunehmen. Auch existiert kein europaweites Finanzausgleichssystem, welches einem Mitgliedstaat in der Rezession eine große Hilfestellung geben könnte.

Daher kommt es in Zukunft ganz entscheidend auf flexible Arbeitsmärkte und flexible Reallöhne an. Wenn ein Mitgliedstaat der Währungsunion an Wettbewerbsfähigkeit verliert, müssen hier die Tarifparteien reagieren und durch moderate Lohnabschlüsse gegensteuern.

Flexibilisierung der Arbeitsmärkte

Die Botschaft der Theorie für die EWU lässt sich auf folgenden Nenner bringen: Der Flexibilität der europäischen Arbeitsmärkte kommt eine Schlüsselrolle dabei zu, ob sich der Euro positiv auf die Beschäftigungsentwicklung auswirkt oder nicht. Lohnabschlüsse müssen noch mehr Rücksicht als bisher auf die besondere Situation einer Branche und eines Landes im gesamteuropäischen Wettbewerb nehmen.

Das Fazit vieler Fachleute zum Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Euro-Einführung kann man daher insgesamt als „vorsichtig optimistisch“ charakterisieren. Zwar dürfte sich das Ende der Währungsrisiken positiv auf die Entwicklung des Binnenmarkts und damit auch die Beschäftigung auswirken. Für die Lösung des Arbeitslosenproblems ist aber nur mit einem eher geringen Beitrag zu rechnen. Hier kommt es vielmehr darauf an, endlich die notwendigen Reformen zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in Angriff zu nehmen.

Die Erfahrungen mit den EU-Arbeitsmärkten seit 1999 bestätigen diesen eher nüchternen Befund. Zwar sind die Arbeitslosenquoten in der EU 1999 und 2000 gesunken. Dass dies zumindest in Deutschland aber keine Trendwende, sondern wohl leider nur ein vorübergehender konjunktureller Effekt war, lässt sich an der Arbeitsmarktentwicklung im Jahr 2001 ablesen: Kaum dass der Abbau der Arbeitslosigkeit richtig begonnen hat, ist diese Entwicklung nach der Konjunkturabschwächung schon wieder zum Erliegen gekommen.

Politische Konsequenzen

Die Beurteilung von Chancen und Risiken der Gemeinschaftswährung sollte neben den ökonomischen Fragen auch politische und psychologische Erwägungen einschließen. Erweitert man so die Perspektive, dann treten wichtige Potenziale des gemeinsamen Geldes an den Tag. In der Politik wird nicht zu Unrecht argumentiert, dass das gemeinsame Geld auf Dauer auch Folgen für das Identitätsgefühl der Europäerinnen und Europäer haben wird. Wenn sie tagtäglich mit den gleichen Geldscheinen und Münzen ihre Geschäfte tätigen und auch beim Grenzübergang kein neues Bargeld benötigen, verschwindet damit ein bislang wichtiges Symbol des Nationalstaates. Dies könnte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in Europa stärken.

Umstritten ist dagegen, ob sich die EU mit der Währungsunion wirklich zwangsläufig auf den Weg hin zu einer politischen Union gemäß dem Schlagwort der „Vereinigten Staaten von Europa“ begeben hat. Die unterschiedlichen Standpunkte dieser Debatte können am Beispiel der Fiskalpolitik deutlich gemacht werden.

Hier existieren heute schon unterschiedliche für die Fiskalpolitik relevante Spielregeln, an die sich die Mitglieder der EU halten sollen.



Das gemeinsame Geld kann das Identitätsgefühl in Europa stärken. Im südfinnischen Espoo wurden bereits Ende 1998 die Preisschilder in Euro und Finnmark ausgezeichnet.

In der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion:

- **Verstärkte Überwachung der Haushaltsdisziplin**
- **Pflicht der Mitgliedstaaten, übermäßige Defizite zu vermeiden**
- **Die Teilnehmer am Euro-Währungsgebiet legen mittelfristige Stabilitätsprogramme vor**
- **Die übrigen EU-Mitglieder arbeiten Konvergenzprogramme aus**

Stabilitäts-pakt



für den Euro

Grundsatzbeschlüsse des EU-Gipfels von Dublin im Dezember 1996

- **Frühwarnsystem: Empfehlungen des Rats an Staaten, denen ein übermäßiges Defizit (mehr als 3 % des BIP) droht**
- **Höhere Defizite sind nur bei einem Rückgang der Wirtschaft um mehr als 2 % erlaubt**
- **Sanktionen: Folgt ein Staat den Empfehlungen des Rats zur Reduzierung seines Defizits nicht, muss er eine unverzinsliche Einlage leisten, die nach 2 Jahren in eine Geldbuße umgewandelt wird**

715 540

© Erich Schmidt Verlag

Koordination der Wirtschaftspolitik

Artikel 99 des EG-Vertrags besagt, dass die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik „als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse betrachten“ und daher koordinieren. Die Koordination erfolgt durch die Verabredung von so genannten Grundzügen der Wirtschaftspolitik. Diese sind nach ihrer Verabschiedung für alle verbindlich. Bei Zuwiderhandlung droht eine öffentliche Abmahnung, aber keine weiteren Strafen. Erstmals erhielt Anfang 2001 ein Land einen solchen „blauen Brief“. Irland wurde durch den Ecofin-Rat (Rat der Wirtschafts- und Finanzminister) gerügt, weil es trotz Hochkonjunktur und Inflation Steuersenkungen durchführte, die nach Auffassung der Kritiker die Inflation weiter anheizen würden.

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Beim Stabilitäts- und Wachstumspakt sind Geldstrafen bei Fehlverhalten vorgesehen. Der Pakt soll die Defizite innerhalb der EWU begrenzen. Er sieht vor, dass alle Mitglieder einen „nahezu ausgeglichenen“ Haushalt anstreben. Im Extremfall, wenn das Haushaltsdefizit drei Prozent des Sozialprodukts übersteigt, sind nach Fristsetzungen Strafzahlungen vorgesehen. Umstritten ist hier zwar, ob wirklich im Ernstfall mit einer strengen Anwendung der Vereinbarungen gerechnet werden kann. Dennoch stellt der Pakt eine Abkehr von der bislang national autonomen Entscheidungsfreiheit über die Höhe der staatlichen Neuverschuldung dar.

Autonomie und Harmonisierung

Trotz dieser „Spielregeln“ sind die Mitgliedstaaten der EWU immer noch weitgehend autonom, wenn sie über die Höhe der Staatsausgaben und ihre Finanzierung durch unterschiedliche Steuerarten entscheiden. Inwieweit mit einer gemeinsamen Währung diese Eigenständigkeit noch aufrecht erhalten werden kann, ist umstritten. Anhänger einer Harmonisierung verweisen darauf, dass es durch unterschiedliche Steuerbelastungen zu Wettbewerbsverzerrungen kommen kann. Aber auch die Gegner der Steuerharmonisierung haben ein wichtiges Argument auf ihrer Seite: Weil mit der Währungsunion die Nationalstaaten bereits die Möglichkeit einer eigenständigen Geldpolitik eingebüßt haben, wird eine eigenständige Steuer- und Ausgabenpolitik um so wichtiger, um der besonderen Situation einer jeden Volkswirtschaft Rechnung zu tragen.

Die praktische EU-Politik setzt bislang auf eine auch zukünftig große Autonomie der Mitgliedstaaten in der Steuerpolitik. Zwar gibt es gegenwärtig Bemühungen zur begrenzten Harmonisierung von Unternehmenssteuern und der Besteuerung grenzüberschreitender Zinseinkünfte. Die Angleichung wichtiger Steuersätze wird aber derzeit nicht ernsthaft erwogen. Diese vorsichtige Vor-

gehensweise in Sachen Steuerharmonisierung kann als vernünftig und angemessen bezeichnet werden. Für den Euro ergeben sich daraus keine direkten negativen Konsequenzen.

Bargeldeinführung

Zum Jahresbeginn 2002 standen nun aber nicht die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen des Euro, sondern die praktischen Probleme bei der Bargeldeinführung im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Die logistische Dimension des Projekts Euro-Bargeld war enorm: Europaweit sind für die Erstaussstattung 16 Milliarden Euro-Scheine gedruckt und 50 Milliarden Münzen geprägt worden. 15 verschiedene Druckereien produzieren die Scheine, die Münzen werden ebenfalls in 15 verschiedenen Münzprägestalten hergestellt.

Würde man die Scheine aneinander legen, dann könnte damit die Entfernung zwischen Mond und Erde fünf Mal überbrückt werden. Das Gesamtgewicht der neuen Münzen beträgt 239 000 Tonnen, das entspricht dem Gewicht von 24 Eiffeltürmen. Allein die Entsorgung des alten Gelds stellt einige Anforderungen. Für Deutschland erwartet die Deutsche Bundesbank einen Rückfluss von mehr als 28 Milliarden Münzen. Sie rechnet damit, dass diese Geldberge erst im Februar 2004 entsorgt sein werden.

Gestaltung

Die Geldscheine wurden im Rahmen eines Ideenwettbewerbs zu den Themen „Zeitalter und Stile in Europa“ entworfen. Gewinner war der österreichische Designer Robert Kalina. Die Euro-Scheine tragen als Motive Architekturelemente in Baustilen aus sieben Epochen der europäischen Kulturgeschichte. Dabei handelt es sich um Klassik, Romanik, Gotik, Renaissance, Barock, Eisen- und Glasarchitektur sowie moderne Architektur des 20. Jahrhunderts. Bewusst wurde auf Darstellungen konkreter Gebäude verzichtet, um den gesamteuropäischen Charakter des Geldes zu betonen.

Bei den Münzen zeigt die Vorderseite den Wert an und ist europäisch einheitlich, die Rückseite gestaltete jedes Land mit eigenen nationalen Motiven. Unabhängig von der nationalen Rückseite werden die Münzen aber im gesamten gemeinsamen Währungsgebiet akzeptiert. Die gemeinsame Seite wurde vom belgischen Gelddesigner Luc Luycx entworfen, auch hier war ein Wettbewerb vorausgegangen.



Bis zum 1. März 2001 kann im Einzelhandel weiter mit D-Mark bezahlt werden, das Wechselgeld wird jedoch in Euro ausgezahlt.

Umstellungsszenarien in den 12 Euro-Ländern

Land	Ende des Status nationaler Banknoten und Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel	Umtausch des ungültig gewordenen nationalen Bargelds bei der jeweiligen nationalen Notenbank bis:	
		Banknoten	Münzen
Belgien	28.02.2002	unbefristet	31.12.2004
Deutschland	31.12.2001 ¹⁾	unbefristet	unbefristet
Griechenland	28.02.2002	28.02.2012	28.02.2004
Spanien	28.02.2002	unbefristet	unbefristet
Frankreich	17.02.2002	17.02.2012	17.02.2005
Irland	09.02.2002	unbefristet	unbefristet
Italien	28.02.2002	28.02.2012	28.02.2012
Luxemburg	28.02.2002	unbefristet	31.12.2004
Niederlande	28.01.2002	01.01.2032	01.01.2007
Österreich	28.02.2002	unbefristet	unbefristet
Portugal	28.02.2002	01.01.2022	31.12.2002
Finnland	28.02.2002	28.02.2012	28.02.2012

¹⁾ Gemäß der „Modifizierten Stichtagsregelung“ nehmen unter anderem Banken und Handel DM-Bargeld noch mindestens bis zum 28. Februar 2002 an.

Deutsche Bundesbank, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. September 2001.

Zeitplan

Das „Drehbuch“ zur Bargeldeinführung ist präzise festgelegt. Am 1. September 2001 begann das so genannte *Frontloading*, die Vorabausstattung von Banken und Unternehmen mit Euro-Bargeld. Privatpersonen erhielten zunächst noch kein Bargeld. Auch die zuvor wie ein Staatsgeheimnis gehüteten genauen Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten wurden zu diesem Zeitpunkt bekannt gegeben.

Vom 17. Dezember 2001 an konnten die Deutschen erstmals ihre neuen Münzen in der Hand halten. Von diesem Montag an gaben die Kreditinstitute in Deutschland die *Starter Kits* aus. Es handelt sich dabei um einen Satz Euro-Münzen im Gegenwert von DM 20 (gleich EUR 10,23). Diese frühzeitige Ausgabe sollte den Menschen Gelegenheit bieten, sich mit dem Geld vertraut zu machen und außerdem die rechtzeitige Versorgung mit Kleingeld sicher stellen.

Zum 1. Januar 2002 hat dann das alte DM-Bargeld seine juristische Rolle als gesetzliches Zahlungsmittel verloren. Diese Rolle geht auf das neue Euro-Bargeld über. Erst seit dem 1. Januar erhalten die Bürgerinnen und Bürger Euro-Bargeld in Form von Scheinen bei ihrer Bank. Um die Übergangszeit zu erleichtern, wird für eine zweimonatige Übergangsfrist bis Ende Februar das alte DM-Bargeld aber aufgrund einer Vereinbarung von Banken und Handel noch akzeptiert. Das Wechselgeld wird aber von vielen Einzelhändlern bereits in Euro herausgegeben.

Am 1. März 2002 endet dann endgültig das DM-Zeitalter. Von diesem Tag an wird DM-Bargeld im Handel nicht mehr angenommen werden. Ein Umtausch alter DM-Scheine und -Münzen ist aber weiterhin bei den Landeszentralbanken möglich. Eine zeitliche Befristung gibt es in Deutschland nicht, aber in anderen Euro-Staaten.

Mögliche Gefahren

Die Ausmaße der „Operation Euro-Bargeld“ machen deutlich, dass es hier auch Risiken und Gefahren gibt. Die großen Bargeldbestände in den Banken und Handelsunternehmen, die um die Jahreswende unvermeidlich sind, zwingen zu verschärften Sicher-

Design der Euro-Geldscheine

Wenn ab 1. Januar 2002 die neuen Euro-Banknoten in Verkehr gebracht werden, halten wir Werke des Wiener Grafikers Robert Kalina (42) in den Händen. Nach Beendigung seines Graphikstudiums arbeitete er bei der Österreichischen Nationalbank als Banknoten-Designer. 1996 gewann er den Wettbewerb des Europäischen Währungsinstitutes für die Gestaltung der Euro-Banknotenserie, auf denen Brücken, Tore und Fenster als Symbole für die Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dargestellt sind. [...]

Herr Kalina, welche Banknoten haben Sie zuvor schon entworfen?

Ich habe für Österreich alle Banknoten gestaltet, die seit 1982 im Umlauf sind.

Wie kamen Sie bei den Euro-Banknoten auf das Thema Brücken und Tore?

Allgemeines Thema war „Zeitalter und Stile Europas“. Als Motive waren sowohl Architektur als auch Porträts möglich. Bedingung der Europäischen Zentralbank war, dass die Darstellungen keinen Bezug zu realen Baudenkmälern oder historischen Personen haben durften. Hinter dem Verzicht auf Wiedererkennbarkeit verbirgt sich der Wunsch, keinen Grund für nationale Eifersüchteleien zu geben. [...] So kam ich auf die Idee, geöffnete Fenster und Tore auf der einen und Brücken der entsprechenden Baustile auf der anderen Seite abzubilden.

Was ist daran so spannend?

Mich reizte die symbolische Bedeutung der offenen Tore als Sinnbilder für den Blick in die Zukunft, als Allegorie für Suche nach Neuem. Die Brücken stehen für Kommunikation und Verbindung zwischen den Ländern. Die Auswahl soll Europa in seiner Gesamtheit symbolisieren, ohne dass dabei ein bestimmtes Land hervorgehoben wird. [...]

Reizen die Scheine nicht auch zur Baustilkunde?

Bestimmt, denn legt man die Noten nebeneinander, dann hat man ein kleines Kunstgeschichtsbuch vor sich. Der Bogen wird von Bauten der griechisch-römischen Antike als Hinweis auf die historischen Wurzeln Europas auf dem Fünf-Euro-Schein geschlagen bis zum Fünfhunderter, auf dem Architektur gezeigt wird, die Ende des 20. Jahrhunderts gebaut wurde. Dazwischen sehen wir Motive aus der Romanik (10 Euro), Gotik (20 Euro), Renaissance (50 Euro), dem Barock (100 Euro) und Eisen- und Glaskonstruktionen des frühen 20. Jahrhunderts (200 Euro).

Hatten Sie unter diesen Bedingungen künstlerischen Spielraum?

Vorgegeben waren die Größe der Scheine, ihre Farben und anderes. Da waren meine Spielräume nur begrenzt, denn im Vordergrund stehen nicht künstlerische Inspirationen, sondern die Fälschungssicherheit der Banknoten. Ihnen muss sich alles andere unterordnen. Bestimmte Sicherheitsmerkmale müssen oft an einer bestimmten Stelle der Banknote eingefügt werden. Die Kunst ist dabei, Ästhetik und Sicherheitsanforderungen unter einen Hut zu bringen. [...]

Köpfe berühmter Leute, die sonst auf Banknoten erscheinen, fallen bei den aktuellen Euro-Banknoten fort. Bedauern Sie das?

Es ist durchaus möglich, dass Köpfe bedeutender Europäer auf der nächsten Euro-Serie – die kommt bestimmt – zu finden sein werden. [...]

Welche Sicherheitsanforderungen mussten Sie bei Ihren Entwürfen berücksichtigen?

Die Banknoten werden einer großen Fälschungsgefahr ausgesetzt sein, so wie jetzt der US-Dollar, aber ich bin sicher, mit dem Dollar und anderen Banknoten wie D-Mark und Schweizer Franken nimmt es der Euro allemal auf. Viele Sicherheitsmerkmale, die man auch auf dem österreichischen Schilling findet, der ja zu den fälschungssichersten Banknoten der Welt zählt, sind auch auf dem Euro vertreten und noch einige mehr. [...]

Helmut Caspar, „Wenn man die Noten nebeneinander legt, hat man ein kleines Kunstgeschichtsbuch“, Interview mit Robert Kalina, in: Das Parlament vom 31. August 2001.



Der Fünfiger steht für die Renaissance, den Epochenwandel vom Mittelalter zur Neuzeit mit einer Rückbesinnung auf die Antike.

heitsvorkehrungen. Dies ist allerdings frühzeitig von allen beteiligten Behörden und Unternehmen erkannt und vorbereitet worden.

Auch mit einer Zunahme an Falschgelddelikten ist in den kommenden Monaten zu rechnen. Zum einen werden nach Polizeierkenntnissen bereits seit Monaten vermehrt Bestände an DM-„Blüten“ auf den Markt geworfen, die ja nach dem Abschluss der Umstellung für ihre kriminellen Besitzer jeden Wert verloren haben. Zum anderen könnten die Falschgeldproduzenten versuchen, die mangelnde Vertrautheit der Konsumenten mit dem neuen Bargeld auszunutzen, um die ersten Euro-Blüten an den Mann oder an die Frau zu bringen.

Die Polizei hatte daher den Rat-schlag gegeben, darauf zu achten, dass vor dem 1. Januar 2002 gemäß dem Fahrplan kein einziger Euro-Geldschein an den Endverbraucher gelangt. Außerdem sollte sich jeder mit den modernen Sicherheitsmerkmalen des neuen Geldes vertraut machen, da dies am besten davor schützt, Opfer eines Falschgelddelikts zu werden.

Sicherheitsmerkmale

Die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten entsprechen dem neuesten Stand der Technik. Sie sollen eine Fälschung verhindern. Dies wird aber nur gelingen, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher mit diesen Merkmalen vertraut sind. Derjenige, der eine „Blüte“ akzeptiert, ist übrigens der

Dumme: Er erhält den Gegenwert von niemandem ersetzt und macht sich strafbar, wenn er wissentlich dieses Geld wieder in den Umlauf gibt. Auch daher lohnt es sich, auf folgende Sicherheitsmerkmale zu achten:

- ◇ Sicherheitsfaden: Im Gegenlicht wird eine dunkle Linie erkennbar.
- ◇ Wasserzeichen: Im Gegenlicht sind das Architekturmotiv und der Geldbetrag zu erkennen.
- ◇ Spezialfolienstreifen: Beim Kippen der Banknoten erscheinen auf einem silbrigen Streifen wechselnd das Euro-Symbol oder die Wertzahl des Scheins.
- ◇ Perlglanzstreifen: Beim Kippen der Banknote wird ein goldfarbener Streifen sichtbar, in dem das Euro-Symbol und die Wertzahl zu erkennen sind.
- ◇ Hologramm: Beim Kippen zeigt ein Hologramm entweder das Architekturmotiv oder die Wertzahl der Banknote.
- ◇ Farbwechsel: Beim Kippen wechselt die Farbe bei Scheinen ab 50 Euro von Purpurrot zu Olivgrün oder Braun.

Preisschub durch die Umstellung?

Eine weitere Sorge vieler Menschen betrifft mögliche Preiserhöhungen im Zusammenhang mit der Neufestsetzung der Euro-Preise. In einer aktuellen Umfrage im Auftrag der EU-Kommission gaben 73 Prozent der Befragten in den zwölf Ländern der Euro-Zone an, sie erwarteten nach dem Jahreswechsel Missbrauch und Betrugereien bei den Preisen. Weil der Umstellungskurs „krumm“ ist (in Deutschland gilt: 1 Euro = 1,9583 DM), müssen nach der Umrechnung Glättungen der Preise vorgenommen werden. Dies, so die Sorge, könnte von vielen Händlern zu heimlichen Preiserhöhungen genutzt werden.

Sicherlich kann man diese Gefahr nicht für alle Produkte und Branchen völlig ausschließen. Es ist sogar wahrscheinlich, dass ohnehin vorgesehene Preiserhöhungen im Zuge der Einführung von glatten Euro-Preisen vorgenommen werden. Ein nachhaltiger Inflationsschub ist dennoch nicht zu erwarten: Als zuverlässiger Schutz vor Preiserhöhungen wirkt hier der harte Preiswettbewerb in vielen Branchen wie etwa im Lebensmitteleinzelhandel. Systematische Preiserhöhungen eines Anbieters würden hier unweiger-

Perlglanzstreifen
Beim Kippen der Banknote wird ein goldfarbener Streifen sichtbar, in dem das €-Symbol und die jeweilige Wertzahl zu erkennen sind (betr. 5-, 10- und 20-€-Banknoten)

Stichtiefdruck
ergibt auf der Banknotenvorderseite ein ertastbares Relief

Durchsichtsregister
Unregelmäßige Zeichen auf Vorder- und Rückseite ergänzen sich im Gegenlicht zur vollständigen Wertzahl

Wasserzeichen
Im Gegenlicht sind das jeweilige Architekturmotiv und die Wertangabe zu sehen

Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten

Folienstreifen
Beim Kippen der Banknote erscheinen je nach Betrachtungswinkel das €-Symbol oder die jeweilige Wertzahl als Hologramm

Sicherheitsfaden
Im Gegenlicht wird eine dunkle Linie sichtbar

Folienelement
Ein Hologramm zeigt je nach Betrachtungswinkel das jeweilige Architekturmotiv oder die Wertzahl

Farbwechsel
Beim Kippen der Banknote wechselt die Farbe der Wertzahl rechts unten (betr. 50-, 100-, 200- und 500-€-Banknoten)

Teure Euroländer billige Euroländer

Für einen Warenkorb, der
in Deutschland **100 Euro**
kostet, muss man
bezahlen
in:



lich durch Marktanteilsverluste abgestraft. Auf hart umkämpften Märkten werden sich also Auf- und Abrundungen bei der Festsetzung glatter Euro-Preise wohl die Waage halten.

Schwer zu prognostizieren ist, wie lange es dauern wird, bis die Menschen im Kopf wirklich von der DM auf den Euro umgeschaltet haben und nicht mehr immer noch jeden Euro-Preis schnell in DM umrechnen. Dieses Umlernen wird auch von der individuellen Mentalität und Beweglichkeit abhängen. Jeder, der aber bereits einmal eine längere Zeit im Ausland verbracht hat, weiß, dass die Gewöhnung an eine neue Währung oft nur eine Angelegenheit von ein paar Wochen ist.

Wohin mit der D-Mark?

[...] Die Logistiker haben nun alle Hände voll zu tun. Für sie ist die Abschaffung der D-Mark eine gigantische Herausforderung, größer noch als die viel beachtete Euro-Einführung. Klar ist bisher nur, wie viele Euro-Scheine und -Münzen ausgeliefert werden müssen. Unklar ist, wie groß die D-Mark-Menge sein wird, die abgeholt werden muss.

Probleme bereiten vor allem die Münzen. Nach Angaben der Bundesbank sind derzeit rund 48,5 Milliarden Mark- und Pfennigstücke im Umlauf. Zurückgegeben werden wohl nicht alle davon. Die Bundesbank zum Beispiel geht von einer „Schwundquote von mehr als 40 Prozent“ aus. Soll heißen: Vier von zehn Münzen bleiben auf ewig in Sparbüchsen auf dem Dachboden, am Grund von Wunschbrunnen oder in den Ritzen der Wohnzimmergarnitur verschollen. Das macht es schwer, den logistischen Aufwand zu berechnen.

Alein für den Transport des alten Kleingeldes sind deshalb mindestens 13 000 Lastwagenladungen nötig. Während bei den Münzen vor allem das Gewicht die Spediteure zum Schwitzen bringt, ist es beim Papiergeld das große Volumen: Aufeinandergetürmt würden die Scheine eine Höhe von etwa 320 Kilometern erreichen – und damit fast die Umlaufbahn der internationalen Raumstation ISS erreichen.

Schätzungen der Bundesbank zufolge wird es gut zwei Jahre dauern, bis der gesamte Geldmüll entsorgt ist. Den Münzschrott wird die Firma Vebeg in Frankfurt meistbietend an Industriebetriebe verkaufen. Zumindest als Rohstoff geht die D-Mark den Deutschen also nicht verloren. Das Kleingeld wird vor der Wiederverwertung streng nach Zusammensetzung getrennt: Pfennige bestehen aus Stahl mit Kupfer- beziehungsweise Messingauflage, wodurch sie etwa zu Baustahl verarbeitet werden können. Markstücke haben gute Chancen, als Kochtöpfe bald wieder unter Volk zu kommen. Ihre Kupfer-Nickel-Legierung eignet sich nämlich zur Herstellung von Edelstahl, und der wird gerne zur Küchenausstattung benutzt.

Einige der alten Münzen finden sogar den Weg zurück in die Brieftaschen, denn die Bundesbank braucht noch Metall für die neue Währung. Die bisher produzierte Euro-Menge reicht lediglich für die Erstausrüstung der Bevölkerung.

Größeres Kopfzerbrechen als die Verwertung des Kleingeldes bereitet den Bundesbankern das Altpapier. Mehrere Recyclingversuche schlugen bereits fehl. Weil die Geldscheine Baumwolle enthalten und sich beim Kochen in der Papierfabrik nicht auflösen, taugen sie nicht zur Herstellung von normalem Schreibpapier. Nicht einmal kompostierbar ist das Geld: Die Druckfarben sind giftig.

Nach Untersuchungen der Bayerischen Landeszentralbank könnten recycelte Banknoten immerhin auf dem Bau eingesetzt werden – als Ziegel, Dämmstoff oder Laminatfußboden. Doch Fabriken, die Clara Schumann und Kollegen zu einer abriebfesten Wohnungsauslage verarbeiten können, sind rar, die Transportwege weit. Deshalb wird der Großteil der Scheine zusammen mit Haus- und Industrieabfall in Müllverbrennungsanlagen (MVA) verheizt.

[...] Schließlich ist der Heizwert der Scheine doppelt so hoch wie der von Braunkohle. Würde eine einzige Anlage alle noch umlaufenden DM-Noten verbrennen, könnte man damit 1200 Haushalte ein Jahr lang mit Strom versorgen. [...]

Bei der Bundesbank stapeln sich Anfragen von Leuten, die aus den geschredderten DM-Scheinen Gegenstände wie Aktenkoffer oder Sitzbänke herstellen wollen. Doch solche Pläne haben kaum eine Chance: Lieber verkauft die Bundesbank Geldschnipsel und platt gewalzte Münzen selbst. Mehrere tausend Pakete Schreddergeld wollen die Frankfurter Währungshüter in den kommenden Monaten an interessierte Bürger abgeben. [...]

Birga Böcker, „Markstücke zu Kochtöpfen“, in: Die Zeit, Nr. 37 vom 6. September 2001.



Foto: Deutsche Bundesbank

Nach Schätzung der Bundesbank dauert die Entsorgung des gesamten Geldmülls – hier das Schreddern alter Scheine – etwa zwei Jahre.

Die Europäische Zentralbank

Neben dem Basiswissen über die Bargeldeinführung ist auch ein guter Wissensstand über die neuen Institutionen der Währungsunion und hier insbesondere das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) unverzichtbar. Ohne eine zumindest grobe Kenntnis der geldpolitischen Rahmenbedingungen sind heute Wirtschafts- und Börsennachrichten in den Medien kaum mehr verständlich.

Bereits am 1. Januar 1999 ist die Verantwortung für die Geldpolitik in den Staaten der Eurozone auf die Europäische Zentralbank (EZB) übergegangen. Für die Deutsche Bundesbank waren mit diesem Datum einschneidende Veränderungen verbunden: Während der Zentralbankrat der Bundesbank vorher autonom etwa über die Höhe der deutschen Leitzinsen entscheiden konnte, liegen nun diese Kompetenzen beim obersten Gremium der EZB, dem EZB-Rat.

Aufbau und Aufgaben

Das Gesamtsystem aus EZB und den nationalen Zentralbanken (NZB) wird Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) genannt. Die Grundzüge des ESZB sind leicht zu verstehen, zumal der zweistufige Aufbau aus nationalen Zentralbanken und der übergeordneten EZB aus deutscher Sicht sehr vertraut ist. Hierzulande existierte mit den neun Landeszentralbanken und der Bundesbank immer schon eine ganz ähnliche föderale Zweistufigkeit.

Mit Schweden, Dänemark und Großbritannien nehmen derzeit drei EU-Staaten nicht an der Währungsunion teil. Diese Spaltung wirkt sich auch im ESZB aus. Zwar gehören formal alle 15 EU-Staaten mit ihren Zentralbanken zum ESZB. Die Länder aber, die den Euro noch nicht eingeführt haben, sind selbstverständlich auch noch nicht an den Entscheidungen zur gemeinsamen Geldpolitik beteiligt. Zur Vermeidung von Missverständnissen wurde daher ein weiterer Begriff eingeführt: Mit „Eurosistem“ bezeichnet man die EZB und die nationalen Zentralbanken der Länder, die bereits den Euro eingeführt haben. Das Eurosistem umfasst

also heute die EZB und zwölf nationale Zentralbanken und ist somit eine Teilmenge des ESZB.

Diese Unterscheidung setzt sich beim Leitungsorgan des ESZB, dem EZB-Rat, fort. Ist vom EZB-Rat die Rede, dann ist das Gremium gemeint, in das nur die Euro-Teilnehmerländer Vertreter entsenden. Im erweiterten EZB-Rat hingegen sitzen auch die nationalen Zentralbankpräsidenten von Schweden, Dänemark und Großbritannien.

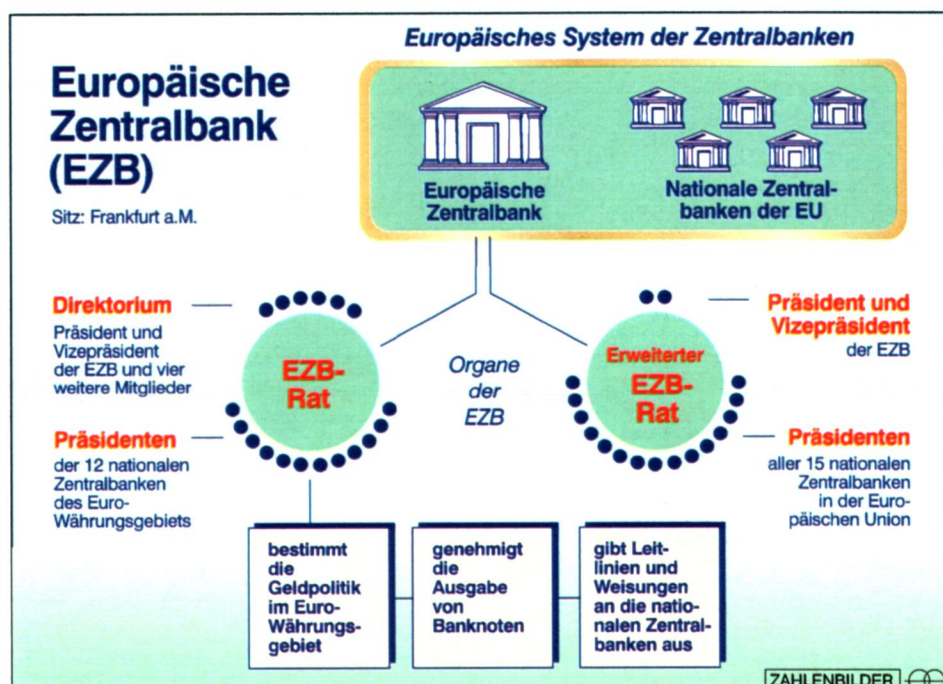
Der EZB-Rat und das Direktorium sind die Organe des ESZB. Die geldpolitischen Entscheidungen im Eurosistem fallen im EZB-Rat. Er umfasst achtzehn Personen – die sechs Mitglieder des EZB-Direktoriums und die zwölf Präsidenten der nationalen Zentralbanken aus den Euro-Teilnehmerländern. Das Direktorium wiederum besteht aus dem EZB-Präsidenten (derzeit der Niederländer Wim Duisenberg), dem Vizepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern. Gegenwärtig sitzen zwei Deutsche im obersten Lenkungsgremium der Euro-Geldpolitik: Ernst Welteke als Bundesbankpräsident und Otmar Issing, der in der EZB für die Abteilungen Volkswirtschaft und Forschung verantwortlich ist.

Für die Bundesbank und hier besonders die Präsidenten der Landeszentralbanken (LZB) war mit der Eingliederung ins ESZB ein erheblicher Macht- und Bedeutungsverlust verbunden. Während die LZB-Präsidenten bis 1999 mit über die Geldpolitik bestimmt haben, können sie nun nur noch beratend auf den Bundesbank-Präsidenten einwirken, der bei seinem Abstimmungsverhalten im EZB-Rat an keine Vorgaben aus dem Zentralbankrat der Bundesbank gebunden ist.

Bei der Festlegung der EZB-Verfassung im Maastrichter Vertrag wurde eine wichtige Erkenntnis der Währungsgeschichte berücksichtigt: Eine Zentralbank kann nur dann erfolgreich bei der Verteidigung der Währungsstabilität sein, wenn sie eine eindeutige Zielvorgabe hat und außerdem keine Weisungen der Regierung entgegen nehmen muss. Die Unabhängigkeit ist deshalb so wichtig, weil eine Regierung oftmals ein Interesse an einer zu lockeren Geldpolitik haben kann. Auch wenn zu niedrige Leitzinsen und eine starke Ausdehnung der Geldmenge auf Dauer unweigerlich zur Inflation führen, sind damit kurzfristig positive Folgen für die Konjunktur verbunden. Dies könnte Regierungen, die kurz vor einer Wahl stehen, zum Missbrauch der Geldpolitik verleiten. Die Unabhängigkeit der Zentralbank soll diese Gefahren begrenzen.

Unter Fachleuten besteht weitgehend Konsens, dass die EZB-Verfassung in dieser Hinsicht wenig Wünsche offen lässt. Die Zielvorgabe ist eindeutig ausgefallen: Das vorrangige Ziel des ESZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten (Artikel 105 EG-Vertrag). Zwar sollen die Geldpolitiker auch die allgemeine Wirtschaftspolitik in der EU unterstützen, aber nur, soweit dies ohne Beeinträchtigung der Preisstabilität möglich ist. Mit diesen Formulierungen ist die Priorität für die Vermeidung von Inflation eindeutig formuliert.

Die Unabhängigkeit ist durch verschiedene Regelungen gesichert. Zunächst wird im EG-Vertrag (Artikel 108) klar gestellt, dass die Regierungen der EU

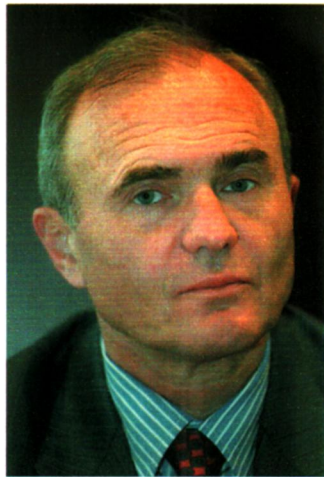




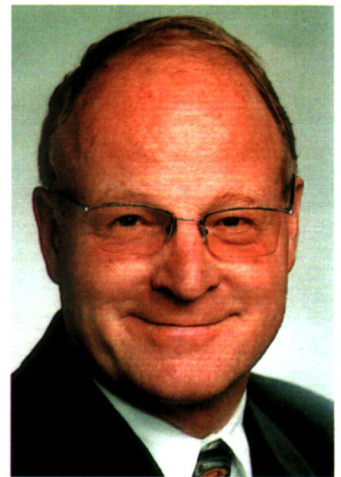
Der Niederländer Wim Duisenberg steht der EZB seit dem 1. Juni 1998 als Präsident vor.



Die Finnin Sirkka Hämäläinen gehört ebenfalls zum sechsköpfigen Direktorium der EZB.



Der Deutsche Othmar Issing leitet die EZB-Abteilungen Volkswirtschaft und Forschung.



Bundesbankpräsident Ernst Welteke ist der zweite Deutsche im Direktorium der EZB.

weder der EZB noch den nationalen Zentralbanken irgendwelche Weisungen erteilen dürfen. Dazu kommen Bestimmungen, die auch die persönliche Unabhängigkeit der Mitglieder des EZB-Rats sichern sollen. So werden die Mitglieder des Direktoriums für acht Jahre berufen. Nur bei der ersten Ernennung wurden unterschiedlich lange Amtszeiten vereinbart, um in Zukunft eine gestaffelte Wiederbesetzung des Direktoriums zu ermöglichen. Eine Wiederwahl ist nicht zulässig. Der Sinn dieser Regel liegt auf der Hand: Die lange Amtszeit und das Verbot der Wiederwahl versetzt die Direktoren in eine Lage, in der sie den EU-Regierungen kaum Gefälligkeiten erweisen müssen, um ihre eigene berufliche Zukunft zu sichern.

Kritiker sehen allerdings eine offene Flanke, über die eine Gefährdung der Unabhängigkeit denkbar erscheint. Diese betrifft die Bestimmungen zur Wechselkurs- und Währungspolitik in Artikel 111 EG-Vertrag. Demnach kann der Rat der EU mit einstimmiger Entscheidung Vereinbarungen über Wechselkurssysteme mit anderen Währungen treffen. Oder er kann mit qualifizierter Mehrheit der EZB Orientierungen für die Wechselkurspolitik gegenüber anderen Währungen vorgeben. Hier ist theoretisch eine Einflussmöglichkeit der Politik auf die EZB gegeben, weil Vorgaben etwa im Rahmen eines Systems fester Wechselkurse der EZB bei ihren geldpolitischen Entscheidungen die Hände binden würden. Weil aber derartige Systeme fester Wechselkurse zwischen Euro und wichtigen Weltwährungen wie Dollar oder Yen momentan nicht auf der Tagesordnung stehen, ist die Gefahr einer Einflussnahme der Politik über diesen Kanal eher als gering einzuschätzen.

Geldpolitische Strategie

Jede Zentralbank benötigt Handlungsregeln, die Orientierungshilfe bei den aktuellen geldpolitischen Entscheidungen liefern. Solche Regeln sind nötig, weil die wichtigste Zielgröße – die Inflationsrate – von der Zentralbank nicht direkt kontrolliert werden kann. Diese grundsätzlichen Regeln bezeichnet man als geldpolitische Strategie. Die Strategie der Deutschen Bundesbank orientierte sich vor allem an der Geldmengenentwicklung. Dort wurden Zielvorgaben für das Wachstum der Geldmenge formuliert.

Der EZB-Rat hat für die Geldpolitik der EZB dagegen eine so genannte Zwei-Säulen-Strategie entwickelt. Die erste Säule ähnelt der alten Bundesbank-Strategie. Der EZB-Rat gibt hier Zielvorgaben für das Wachstum der Geldmenge vor.

Die zweite Säule beruht im wesentlichen auf einer umfassenden Prognose der Inflationsrate. Für die geldpolitischen Entscheidungen bedeutet dies: Wenn die Geldmenge stärker (schwächer) als beabsichtigt wächst und wenn die Inflationsprognose auf eine

wachsende (fallende) Inflationsrate hindeutet, werden Leitzinserhöhungen (-senkungen) notwendig. Im Rahmen ihrer Strategie hat die EZB auch anders als die Bundesbank präzisiert, wann eine Inflationsrate als zu hoch gilt. Nach der Definition der EZB ist Preisstabilität nur dann gegeben, wenn die Inflation zwischen null und zwei Prozent liegt. Diese Präzisierung macht deutlich, dass die EZB nicht nur eine zu hohe Inflationsrate vermeiden will, sondern ebenso auch eine negative Inflationsrate – dies bezeichnet man auch als „Deflation“. Diese Zielsetzung ist angemessen, weil die Wirtschaftsgeschichte lehrt, dass eine Deflation gesamtwirtschaftlich ebenso wie eine Inflation gravierende negative Folgen haben kann.

Leitzinsen

Stellt die EZB nun anhand ihrer strategischen Orientierungsmarken Geldmengen- und Inflationsentwicklung Handlungsbedarf fest, dann stehen ihr eine Reihe von geldpolitischen Instrumenten zur Verfügung. Die größte Bedeutung kommt dabei den Leitzinsen zu. Die Deutschen mussten sich hier seit 1999 an eine Reihe



Reiche Ornamente auf dem Hunderter kennzeichnen den Barock.

von neuen Vokabeln gewöhnen. Vertraute Vokabeln wie „Diskont“ und „Lombard“ sind seitdem passé. Das Umlernen wird aber dadurch erleichtert, dass trotz der neuen Begriffe der Aufbau und das Zusammenspiel der neuen Leitzinsen der Situation in der DM-Zeitrechnung sehr ähnlich sind.

Bei der Bundesbank waren es bis Ende 1998 drei Arten von Leitzinsen gewesen, denen die Aufmerksamkeit der Finanzmarktprofis galt: der Lombardsatz, der Diskontsatz und der Zinssatz für Wertpapierpensionsgeschäfte. Bei einem Wertpapierpensionsgeschäft kauft die Zentralbank der Geschäftsbank Wertpapiere ab, vereinbart aber gleichzeitig schon Zeitpunkt und Konditionen für die Rückabwicklung des Geschäfts.

Das Verhältnis dieser drei Leitzinsen zueinander war dabei einfach zu charakterisieren. Der Lombardsatz bildete die Obergrenze und der Diskontsatz die Untergrenze des Geldmarktzins (das ist der Zins für kurzfristige Kredite zwischen Banken). Damit definierten Lombard und Diskont eine Spannweite, innerhalb derer sich dann der Wertpapierpensionssatz bewegte. Die EZB-Leitzinsen weisen die gleiche Dreierkonstellation auf. Der Lombardsatz als obere Grenze des Geldmarktzins wurde abgelöst durch den Zinssatz für die „Spitzenrefinanzierungsfazilität“. Dem Diskontsatz entspricht als Untergrenze in der Euro-Ära der Zinssatz für die „Einlagefazilität“. Und zwischen beiden Leitzinsen bewegen sich die Zinsen von zwei Arten von Wertpapierpensionsgeschäften. Diese werden als „Hauptrefinanzierungsinstrument“ und „längerfristige Refinanzierungsgeschäfte“ bezeichnet.

Die Spitzenrefinanzierungsfazilität ist von ihrer Konstruktionsweise her dem Lombarkredit sehr ähnlich. „Fazilität“ heißt dabei schlichtweg „Möglichkeit“. Gegen die Stellung von Sicherheiten können die Geschäftsbanken von den nationalen Zentralbanken Kredite über Nacht in Anspruch nehmen. Der Zugang zu dieser Kreditlinie ist normalerweise unbegrenzt. Dadurch wird auch deutlich, warum damit die Obergrenze des Zinssatzes für Tagesgeld gegeben ist. Würde der Geldmarktzins über den Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität steigen, dann würde jede Bank bil-

liger beim ESZB an frisches Geld herankommen, als dies am Markt möglich ist. Mit einer unbegrenzten Kreditlinie zu festen Konditionen kann dann aber der Marktzins nicht über den Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität steigen.

Anders als bei der Zinsobergrenze hat bei der Zinsuntergrenze das Instrument nicht nur einen neuen Namen, sondern auch einen gänzlich anderen Charakter erhalten. Die Einlagefazilität des ESZB ist inhaltlich etwas völlig anderes als der Diskontkredit der Deutschen Bundesbank – obwohl beide die gleiche Funktion einer Untergrenze des Geldmarktzins ausüben. Der Diskontkredit war wie der Lombarkredit eine Kreditlinie der Zentralbank. Die Kredite wurden gegen die Abgabe von Wechseln gewährt. Die Einlagefazilität ist hingegen von ihrer Konstruktion her das Gegenteil einer Kreditlinie, nämlich eine Anlagemöglichkeit beim ESZB. „Einlagefazilität“ heißt wörtlich übersetzt nichts anderes als „Einlagemöglichkeit“. Geschäftsbanken können im Rahmen dieses Instruments zum vorgegebenen Zinssatz jederzeit überschüssige Gelder auf Konten bei den nationalen Zentralbanken über Nacht anlegen. Damit ist offensichtlich, dass dieser Zinssatz eine Untergrenze für den Tagesgeldmarkt darstellt. Bevor eine Bank am Markt zu einem niedrigeren Zins ihre Euro und Cent anlegen würde, überweist sie diese lieber dem ESZB und erhält zumindest den Zinssatz der Einlagefazilität.

Zwischen den Polen der Spitzenrefinanzierungs- und der Einlagefazilität werden die Geldmarktzinsen vor allem durch zwei Arten von Wertpapierpensionsgeschäften gesteuert. Jede Woche werden mit einer vierzehntägigen Laufzeit im Rahmen des „Hauptrefinanzierungsinstruments“ den Geschäftsbanken Gelder zur Verfügung gestellt. Der Name ist nicht zu unrecht gewählt. Mit diesem Instrument wird der Löwenanteil des Geldvolumens in den Markt gepumpt. Damit kommt dem Zinssatz der Hauptrefinanzierungsinstrumente eine Schlüsselrolle unter den Leitzinsen zu. Diesem wöchentlichen Prozedere wird ein monatliches Verfahren an die Seite gestellt. Im Rahmen der „längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte“ werden jeden Monat dreimonatige Kredite unter den europäischen Finanzinstituten vergeben.

Blick in die weitere Zukunft

Zum Zeitpunkt der Euro-Bargeldeinführung nehmen zwölf Staaten an der Währungsunion teil: die EU-Mitglieder mit Ausnahme Schwedens, Dänemarks und Großbritannien. Aber nicht nur die drei noch abseits stehenden heutigen EU-Mitglieder sind Kandidaten für den Euro, sondern auch alle Staaten, mit denen derzeit über einen Beitritt zur EU verhandelt wird. Dies sind neben Malta und Zypern die zehn Reformstaaten aus Mittel- und Osteuropa: Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und Bulgarien.

Die Hindernisse bis zu einer Euro-Einführung in den Ländern der EU-Beitrittskandidaten einerseits und Großbritanniens, Dänemarks und Schwedens andererseits sind gänzlich unterschiedlicher Natur. Bei den drei heutigen EU-Mitgliedern, die noch nicht zur Eurozone gehören, sind es in erster Linie innenpolitische Widerstände, die einen schnellen EWU-Beitritt erschweren. In allen drei Staaten sprechen sich in Umfragen immer noch Mehrheiten gegen die Einführung einer europäischen Währung aus. In Dänemark wurde im September 2000 ein Referendum über den Euro abgehalten, bei dem die Gegner mit 53 Prozent die Oberhand behielten. Auch in Großbritannien soll nach dem Willen der Regierung von Premierminister Tony Blair der Euro nur nach einem

positiven Votum im Rahmen einer Volksabstimmung eingeführt werden. Weil sich hier aber eine Wende in der öffentlichen Meinung noch nicht abzeichnet, wird es auf absehbare Zeit wohl bei einer eigenständigen britischen Währung bleiben.

Anders liegt der Fall bei den Osteuropäern. Dort ist die Euro-Einführung eine durchaus populäre Zielsetzung. Eine schnelle Aufnahme in die EWU wird es aber auch hier nicht geben. Grund dafür sind die Konvergenzkriterien, die über die Qualifikation eines Landes für die Eurozone entscheiden. Zu diesen Kriterien gehört unter anderem die erfolgreiche zweijährige Teilnahme der Landeswährung am Europäischen Währungssystem (EWS).

Im EWS sind Währungen durch feste Bandbreiten enger an den Euro gekoppelt. Eine EWS-Teilnahme ist aber erst nach einer Aufnahme in die EU möglich. Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich, dass eine Euro-Einführung in Ländern wie Ungarn oder Polen frühestens für das Jahr 2007 erwartet werden kann. Dies ergibt sich aus folgender Rechnung: Geht man von einem EU-Beitritt der ersten osteuropäischen Staaten zum Jahresbeginn 2004 aus, dann könnte zeitgleich die zweijährige EWS-Testphase beginnen. Im Jahr 2006 könnte dann die Einhaltung des EWS-Kriteriums und der anderen Konvergenzkriterien überprüft werden.



Ab 2007 soll der Euro – wie hier in Deutschland 2001 – nach dem Willen einiger osteuropäischer Länder auch auf ihren Straßen rollen.

Vorausgesetzt, die Prüfung fällt positiv aus, wäre dann eine Euro-Einführung zum 1. Januar 2007 denkbar.

Prinzipiell ist die Erweiterung der EWU positiv zu bewerten. Mit der Geltung einer einheitlichen Währung in einem noch größeren Wirtschaftsraum wachsen auch die Vorteile und das globale Gewicht des Euro. Allerdings bestehen auch Risiken. Wenn etwa die Konvergenzkriterien, die über die Euro-Qualifikation entscheiden, bei der Aufnahme der Osteuropäer politisch aufgeweicht und sehr weit interpretiert würden, dann wäre dies ein negatives Signal für die künftige Stabilität der europäischen Währung. Außerdem sind vor einer Erweiterung der EWU Reformen an den Institutionen des EZSB notwendig. Besonders zeigt sich dies im Lenkungsgremium, dem EZB-Rat. Bleibt es bei der bisherigen Regelung, dass jeder nationale Zentralbankpräsident hier Sitz und Stimme hat, dann wird dieses Gremium nach Auffassung vieler Experten bald zu groß, um noch reibungslos arbeiten zu können. Diskutiert werden daher bereits etwa Rotationsmodelle, wonach sich Länder bei der Vertretung im EZB-Rat abwechseln würden. Von der Realisierung dieser notwendigen Reformen wird es auch abhängen, ob die Osterweiterung der EWU das globale Ansehen des Euro stärken oder schwächen wird.



Stilelemente der Eisen- und Glasarchitektur, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Bauweise prägte, zeigt der 200-Euro-Schein.

Osteuropas langer Marsch zum Euro

György Szapáry ist ein Mann der Zahlen. Also eher nüchtern, seriös und stets vorsichtig. Doch sobald der Vizepräsident der ungarischen Notenbank nach dem Euro gefragt wird, strahlt dieser Technokrat puren Optimismus aus: Spätestens im Jahr 2004, da ist er sich sicher, werde sein Land die Maastricht-Kriterien erfüllen und reif sein für den Euro.

Nun weiß der Banker sehr genau, dass Brüssels Fahrplan für die vielbeschworene Wiedervereinigung des Kontinents den Ungarn bis zum Sommer 2004 bestenfalls den EU-Beitritt verheißt; die Aufnahme in die Währungsunion kommt später. Aber das Signal aus Budapest ist klar: Der Osten strebt ins Euroland. Mag die Europa-Euphorie in manchen der zehn mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer inzwischen auch abklingen, die EU-Münze als Symbol westlichen Wohlstands bleibt für diese Völker das Objekt der Begierde.

Gleichzeitig gärt in Westeuropa die heimliche Furcht vor einer Ver-Ostung des Euros. Erschrocken vernahm eine EU-Delegation – vor Wochen zu Besuch in Tokio – die Frage japanischer Börsianer, wie groß Brüssel denn den Schaden für den Euro-Kurs durch die Erweiterung veranschlage. Ganz ähnlich, so kolportieren Kommissionsbeamte, würde an der Wall Street getuschelt. Und selbst in Frankfurt, dem Sitz der Euro-Zentrale, grassieren Zweifel. Ende letzten Jahres warnte die Führung der Deutschen Bundesbank in einem Memorandum an Kanzler Schröder vor einer verfrühten Aufnahme in die Währungsunion; sonst nämlich laiere die hohe Wahrscheinlichkeit zunehmenden politischen Drucks, die Stabilitätskriterien und den Stabilitätsskurs des Euro-Systems aufzuweichen. Mit anderen Worten: Ein Euro für (zu) viele bedeute weniger Wohlstand für alle.

Brüsseler Experten begegnen solcherlei Ängsten mit rationalen Argumenten, mit eurokratischem Verweis auf Vorschriften und Kalender: Nach einem EU-Beitritt etwa 2004 oder 2005 nämlich müssen die Euro-Kandidaten sich erst einmal mindestens 24 Monate lang im Rahmen des Wechselkurs-Mechanismus (WKM-II) bewähren und einen stabilen Außenwert ihrer nationalen Währungen nachweisen; ein weiteres Jahr dürfte vergehen für die finale Fixierung des Wechselkurses und allerlei Formalien. Frühestens 2007, wohl eher 2008 seien Polen, Ungarn oder Tschechen also so weit, Zloty, Forint oder Krone einzuschmelzen und den Euro zu prägen. [...]

Ökonomen argumentieren lieber mit Hilfe der Statistik. Und danach, so glaubt Daniel Gros vom Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel, ist die erste Welle der Beitrittskandidaten heute schon sehr viel näher an der Erfüllung der Maastricht-Kriterien, als es die Südländer der EU zu Beginn der Währungsunion je waren. Analyse und Prognose der Deutschen Bank Research zum Beispiel lehren: Mit Ausnahme der beiden Nachzügler Bulgarien und Rumänien, die sich in diesem Jahrzehnt kaum mehr für die gemeinsame Währung qualifizieren dürften, erfüllen die Aspiranten im Osten bei Haushaltsdefizit, Staatsverschuldung und Wechselkurs weitgehend die Euro-Kriterien. Nur in Tschechien und der Slowakei, wo demnächst Wahlen anstehen, fehlt es den Regierungen an fiskalischer Disziplin [...].

Chronisch über dem Soll liegen Polen, Ungarn oder Balten hingegen bei den Maastricht-Zielen für Inflation und Zins. Und eben dieser Mangel hat System, gilt in der spröden Sprache der Nationalökonomie als strukturell bedingt: Die zehn Länder, deren Wirtschaftskraft sich bislang auf magere sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Euro-Zone addiert, wollen aufholen. Zwar dürfte es noch zwanzig Jahre dauern, ehe ihr Pro-Kopf-Einkommen auch nur der Hälfte Westeuropas entspricht – aber ihr stetig höheres Wachstum befeuert die heimische Inflation, lässt ihre Zinsen deutlich über Westniveau steigen. [...]

Christian Wernicke, „Zum begehrten Euro führt nur der lange Marsch über Maastricht“, in: *Das Parlament* vom 31. August 2001.



Der Fünfhunderter ist der größte und wertvollste Schein. Er zeigt Symbole moderner Architektur am Ende des 20. Jahrhunderts. Wie alle übrigen Euroscheine sind auf ihm die Flagge der Europäischen Union, eine stilisierte Europa-Landkarte, die Anfangsbuchstaben



der EZB in fünf unterschiedlichen Schreibweisen, die Unterschrift ihres Präsidenten sowie die Währungsbezeichnung „Euro“ in lateinischer und griechischer Schrift zu sehen. Sämtliche Euroscheine wurden von dem Graphiker Robert Kalina aus Wien gestaltet.

Fotos: Deutsche Bundesbank

Literaturhinweise

Bundesfinanzministerium (Hg.): *Fünfter Bericht des Arbeitsstabes Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (AS EWWU) vom 20. Juni 2001*. Berlin 2001, download unter: www.bundesfinanzministerium.de.

Umfassende und aktuelle Übersicht zum gesamten Rechtsrahmen der Euro-Einführung zusammen mit Hinweisen auf viele weitere Informationsquellen. Hier lassen sich Antworten auf fast alle Detailfragen der Währungsumstellung finden.

Bundesverband deutscher Banken/Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Euro, das Buch zum Geld*, Wemding 2001.

Das Buch, das sich vor allem an junge Menschen richtet, erläutert Aspekte und Zusammenhänge der neuen Währung bis hin zu praktischen Fragen des Umgangs mit Euro und Cent im Alltag. Ein Kapitel „Glossar und Service“ enthält Begriffserläuterungen und Informationen zum Bildungsraum Europa.

Deutsche Bundesbank: *Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft*, Frankfurt/Main 1997.

Beleuchtet umfassend die europäischen Institutionen und ist daher immer noch eine gute Ergänzung zu den Euro-Publikationen, die einseitig die Funktionsweise der EZB beschreiben.

Europäische Zentralbank: *Die Europäische Zentralbank*, Frankfurt/Main 2000, download unter: www.ecb.int

Grundlegende Darstellung von Aufbau, Aufgaben und Arbeitsweise des EZB. Ein Besuch der EZB-Website lohnt sich immer,

wenn man noch detaillierter etwas über die Geldpolitik Europas erfahren will. Hier gibt es eine Vielzahl von allgemeineren und speziellen Darstellungen.

Ohr, Renate / Theurl, Theresia: *Kompodium Europäische Wirtschaftspolitik*, München 2001.

Enthält gut lesbare wirtschaftswissenschaftlich fundierte Überblicksartikel zu den wichtigsten Bereichen europäischer Wirtschaftspolitik; dem Euro ist hier nicht nur im Kapitel zur europäischen Währungspolitik große Aufmerksamkeit gewidmet.

Internet-Adressen

Weitere Informationen zum Euro enthalten auch folgende Internetseiten:

Deutsche Bundesbank: <http://www.bundesbank.de>

Europäische Zentralbank: <http://www.euro.ecb.int>

Bundesministerium für Wirtschaft: <http://www.bmwi.de>

Bundesministerium der Finanzen:
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Europäische Kommission: <http://europa.eu.int/euro>

<http://www.aktion-euro.de>

<http://www.polizei.propk.de/aktionen/euro>



Die neuen Euro-Münzen

Gemeinsame Seiten

Auf den geringerwertigen Münzen ist ein Globus zu sehen, auf dem das Gebiet Europas reliefartig hervorgehoben ist – um die Stellung Europas in der Welt zu zeigen.

Auf den Münzen mit mittlerem Nennwert werden die Umrisse der Mitgliedsländer gezeigt. Jedoch sind die Länder voneinander getrennt. Auf den Münzen mit höherem Nennwert sind die Länder zusammengefügt und bilden eine Landkarte ohne Grenzen. Auf allen Münzen erscheinen die zwölf Sterne der Europäischen Union – sechs auf einer Seite des Motivs, sechs auf der anderen. [...]

Nationale Seiten

Jedes Mitgliedsland hat entschieden, welche Motive es auf der Rückseite der Münzen zeigen will. Auf allen Münzen wird die Europäische Union durch zwölf Sterne repräsentiert. Außerdem zeigen sie das Jahr ihrer Ausgabe (oder, in manchen Fällen, ihrer Herstellung). [...]

Belgien

Die belgischen Münzen weisen alle dasselbe Design auf. Das Profil von König Albert II. füllt die Mitte der Münze aus. Auf der Umrandung sind die zwölf Sterne abgebildet. [...]

Deutschland

Die Münzen mit niedrigem Nennwert zeigen Eichenlaub. Die Münzen mit mittlerem Wert stellen das Brandenburger Tor dar. Die höherwertigen Münzen zeigen einen stilisierten Bundesadler.

Die Niederlande

Die niederländischen Münzen zeigen alle das stilisierte Profil von Königin Beatrix. Auf den geringer- und mittelwertigen Münzen wird die Königin umrahmt von den Sternen der Europäischen Union. In einem Kreis um die Sterne erscheint in niederländischer Sprache der Schriftzug „Beatrix Königin der Niederlande“ zusammen mit dem Emissionsjahr. Auf den höherwertigen Münzen nimmt der Kopf der Königin die linke Münzhälfte ein. [...] Auf dem Rand der 2-Euro-Münze erscheint in niederländischer Sprache die Beschriftung „Gott sei mit uns“.

Finnland

Die Münzen mit kleinem und mittlerem Wert tragen [...] das finnische Wappen – ein auf seinen Hinterbeinen stehender und ein Schwert schwingender Löwe mit einer Krone auf dem Haupt. Die höherwertigen Münzen haben die Natur zum Thema. Die 1-Euro-Münze zeigt zwei über eine Seenlandschaft fliegende Schwäne. Auf der 2-Euro-Münze ist eine Art wilder Himbeere, auf finnisch „Lakka“ genannt, abgebildet.

Frankreich

Die Münzen mit niedrigem Nennwert zeigen das Gesicht „einer neuen Marianne“. Marianne war eine Heldin der Französischen Revolution und ist ein Symbol der Französischen Republik. Für das neue Jahrtausend wurde ein neues Marianne-Portrait geschaffen. Die Münzen mit mittlerem Nennwert [...] zeigen die Umrisse Semeles, der Erntegöttin. [...] Die höherwertigen Münzen zeigen das stilisierte Bild eines Baumes innerhalb eines Sechsecks. Das Sechseck wird eingesäumt von den Worten „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. [...]

Griechenland

Um die Zeichen auf den griechischen Münzen herum befinden sich die 12 Sterne der Union. Auf den Münzen mit niedrigem und mittlerem Nennwert folgt auf die Bezeichnung das Wort *lepto* oder *lepta* – das griechische Wort für Cent. Die Münzen mit niedrigem Nennwert zeigen Schiffe aus unterschiedlichen Zeitepochen. Auf der 1-Cent-Münze wird ein Triem gezeigt – ein Schiff mit drei Rudersätzen, das in Athen im fünften Jahrhundert vor Christus eingesetzt wurde. Die 2-Cent-Münze zeigt eine Korvette – ein Segelschiff aus dem 19. Jahrhundert, das während des griechischen Unabhängigkeitskrieges eingesetzt wurde. Auf der 5-Cent-Münze ist ein moderner Tanker dargestellt. Auf den Münzen mit mittlerem Nennwert

sind bedeutende Persönlichkeiten der Entwicklung des modernen Griechenlands dargestellt. Die 10-Cent-Münze zeigt Rigas Velestinlis-Fereos, der im 18. Jahrhundert eine führende Persönlichkeit der griechischen Aufklärung war [...]. Die 20-Cent-Münze zeigt Ioannis Capodistrias – der Gründer des modernen Griechenlands im 19. Jahrhundert. Die 50-Cent-Münze zeigt Eleftherios Venizelos, ein Sozialreformer, der dem griechischen Staat bei der Modernisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Seite stand. Auf den Münzen mit höherem Nennwert werden Bilder des Alten Griechenlands dargestellt. Die 1-Euro-Münze zeigt eine Eule. Auf der 2-Euro-Münze wird eine Szene eines Mosaiks aus Sparta aus dem dritten Jahrhundert dargestellt. Es zeigt Europa, die vom Gott Zeus, der die Form eines Stiers angenommen hat, entführt wird. [...]

Irland

Die irischen Münzen tragen alle dasselbe Design. Im Zentrum befindet sich eine irische Harfe, links steht das Wort „Eire“, rechts das Emissionsjahr, das Ganze eingrahmt von den zwölf Europa-Sternen.

Italien

Die Münzen mit niedrigem Nennwert zeigen Gebäude. Auf der 1-Cent-Münze ist das Castel del Monte zu sehen, auf der 2-Cent-Münze die Mole Antonelliana in Turin. Die 5-Cent-Münze zeigt das römische Kolosseum. Die Münzen mit mittlerem Wert bilden Kunstwerke ab. Die 10-Cent-Münze zeigt Boticellis Gemälde „Geburt der Venus“. Die 20-Cent-Münze trägt eine Skulptur von Boccioni mit dem Namen „Das Symbol“. Die 50-Cent-Münze zeigt die Reiterstatue des Kaisers Mark Aurel. Auf den höherwertigen Münzen zeigt die 1-Euro-Münze Leonardo da Vincis Proportionalzeichnung eines menschlichen Körpers, genannt „Der Mensch“. Die 2-Euro-Münze trägt ein Portrait Dante Alighieris, bei dem es sich um einen Ausschnitt aus einem Fresco Raffaels handelt.

Luxemburg

Die luxemburgischen Münzen zeigen drei verschiedene Portraits [...] des Großherzogs Henri von Luxemburg. Auf allen Münzen erscheint das Wort „Lëtzebuerg“ zusammen mit dem Emissionsdatum.

Österreich

[...] Die Münzen mit niedrigem Nennwert tragen als Motiv Alpenblumen. Auf der 1-Cent-Münze ist ein Enzian [...] zu sehen. Die 2-Cent-Münze zeigt ein Edelweiß [...] und die 5-Cent-Münze eine Alpenprimel [...]. Die Münzen mit mittlerem Nennwert bilden Wiener Gebäude ab. Auf der 10-Cent-Münze sind die gotischen Türme des Stephansdoms zu sehen. Die 20-Cent-Münze zeigt das Barockschloß Belvedere und die 50-Cent-Münze eine Ausstellungshalle aus dem Jahre 1890, die Wiener Secession als bedeutendes Jugendstilbauwerk. Die höherwertigen Münzen zeigen berühmte österreichische Persönlichkeiten. Die 1-Euro-Münze trägt ein Kopfbildnis des Komponisten Wolfgang Amadeus Mozart. Die 2-Euro-Münze zeigt Bertha von Suttner, eine Pazifistin und Schriftstellerin, die 1905 den Nobelpreis erhielt.

Portugal

Die nationalen Seiten tragen als Hauptmotiv die königlichen Siegel von Afonso Henrique, des ersten Königs von Portugal. Durch Einfügen des Wortzeichens „Portugal“, neben anderen Designelementen, markieren die Siegel die Anfänge der portugiesischen Nation. [...]

Spanien

[...] Die Münzen mit niedrigem Nennwert zeigen [...] die drei Türme der Kathedrale zu Santiago de Compostela. Auf der linken Seite steht das Wort „España“. Die mittleren Münzen zeigen [...] das Gesicht Cervantes', des Schriftstellers aus dem 16. Jahrhundert, links steht sein Name geschrieben. Darüber erscheint das Wort „España“. Die höherwertigen Münzen zeigen [...] ein Bild von König Juan Carlos I.

EBU Euro Group asbl/Europäische Zentralbank (Red.): *Vision Euro. Der Euro leicht gemacht*. Brüssel, Frankfurt am Main 2000, S. 20–27.

Das neue Euro-Münzgeld

GEMEINSAME SEITEN

NATIONALE SEITEN

2 € 1 € 50 Cent 20 Cent 10 Cent 5 Cent 2 Cent 1 Cent



 BELGIEN



 DEUTSCHLAND



 GRIECHENLAND



 SPANIEN



 FRANKREICH



 IRLAND



 ITALIEN



 LUXEMBURG



 NIEDERLANDE



 ÖSTERREICH



 PORTUGAL



 FINNLAND

